

1 **I. Freiheit ist nicht selbstverständlich**

3 **Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik**

4 Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Jeder Mensch ist einzigartig,
5 und die liberale Politik ist die einzige, die sich jederzeit daran ausrichtet, Menschen zur Selbst-
6 entfaltung zu ermächtigen und zu ermutigen. Wir ergreifen Partei für die Chancen von Querden-
7 kern, Einsteigern und Machtlosen. Wir treten ein für Toleranz, für freie Entscheidungen, für die
8 Emanzipation des Einzelnen und für die Vielfalt in der Gesellschaft. In bewährter Tradition
9 stehen wir gegen jeden Zwang und die Dominanz einer herrschenden Mehrheit, gegen Bevor-
10 mundung und Nivellierung, gegen Anpassungsdruck und wirtschaftliche Machtmonopole. Gegen
11 alle Katastrophenfurcht, Rückschrittwünsche, Wachstumskritik und Zukunftsängste vertrauen
12 wir den Menschen, im Rahmen einer freiheitlichen Grundordnung eine friedliche, freie und
13 gerechte Welt zu schaffen. Wer das Vertrauen in den mündigen Menschen verliert, verliert am
14 Ende auch die Freiheit.

16 **Das Streben des Einzelnen nach Freiheit ist die treibende Kraft der Geschichte**

17 Menschen wollen über ihr Leben selbst bestimmen. Sie möchten ihre Talente und Ideen entfalten,
18 möchten von ihrer eigenen Arbeit leben und nach ihrer eigenen Façon glücklich werden.
19 Dieses Streben des Einzelnen nach Freiheit war und ist die treibende Kraft der Geschichte.
20 Dafür stürzen die Menschen Diktatoren, verabschieden Verfassungen und ergreifen in Politik,
21 Wirtschaft und Gesellschaft die Initiative. Wo immer sich eine Gesellschaft für eine freiheitliche
22 Grundordnung entscheidet, wird die Freiheit des Einzelnen zum Antrieb für Fortschritt, Gemein-
23 wohl und eine bessere Zukunft.

25 **Deutschland hat eine liberale Grundordnung**

26 Wir leben in Deutschland in Frieden, Wohlstand und vielfältigem Reichtum, weil es uns gelungen
27 ist, eine liberale Grundordnung aufzubauen. In ihrem Zentrum steht der mündige Mensch als
28 souveräner Bürger. Unser liberaler Rechtsstaat schützt die Freiheit des Einzelnen. Er ermöglicht
29 einen geordneten Alltag und sichert unsere Privatsphäre ebenso wie unser Eigentum. Unsere
30 Demokratie beteiligt jeden Bürger an der Selbstregierung, strebt einen zivilen Ausgleich an und
31 ermöglicht es, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Weil unsere soziale Marktwirtschaft Arbeit und
32 Anstrengung belohnt, setzt sie Wachstum frei und schafft Wohlstand in unserem Land. Diesen
33 teilen wir miteinander, denn als liberale Gesellschaft streben wir nach gerechten Chancen und
34 Teilhabe für alle. So wird sozialer Aufstieg für jeden möglich. Unsere liberale Grundordnung ist
35 eine gerechte Ordnung, von der alle profitieren. Zwar ist sie auch unserer Auffassung nach noch
36 nicht vollkommen, doch sie sorgt für eine ausgewogene Balance zwischen der Freiheit des
37 Einzelnen und der Freiheit der Vielen. Damit ist sie allen anderen politischen Ordnungen überlegen.

40 **Freiheit ist eine Errungenschaft**

41 Die Freiheit unseres Landes ist keineswegs selbstverständlich. Gerade Deutschland hat lange
42 um das Recht auf Freiheit gerungen. Erst nach langen Irrwegen und schrecklichen Abwegen
43 haben wir begonnen, die besten Hoffnungen der Aufklärung, des Humanismus und der bürgerlichen
44 Revolutionäre des 19. Jahrhunderts zu erfüllen. Das geeinte liberale Deutschland ist heute
45 ein geachtetes Mitglied der Weltgemeinschaft, ein wichtiger Motor Europas – wir sind eine

1 selbstbewusste und bescheidene, fleißige und offene Nation. Für diese historische Errungen-
2 schaft haben wir Liberale immer wieder entscheidende Weichen gestellt: Ob im Wirtschafts-
3 wunder der noch jungen Bundesrepublik, in der Demokratisierung der Gesellschaft oder bei der
4 Individualisierung, Wiedervereinigung und Globalisierung der letzten Jahrzehnte – überall erken-
5 nen wir die positive Wirkung der individuellen Selbstbestimmung und Eigenleistung. Deutsch-
6 land hat gelernt, in diesem geschichtlichen Reformprozess auf der Suche nach einer besseren
7 Zukunft ein liberales Land zu werden. Darauf sind wir stolz.

8

9 **Die Freiheit Deutschlands ist nie ganz gewonnen**

10 Wir Liberale sind und bleiben dem Ringen um die Freiheit unseres Landes verpflichtet. Deshalb
11 erfüllt es uns mit großer Sorge, dass die Liberalität unseres Landes bedroht ist. Sich an die
12 Freiheit zu gewöhnen, hat zur Folge, sie immer geringer zu schätzen. Viele politische Kräfte
13 führen heutzutage das Wort Freiheit im Munde, ohne jedoch im Geiste der Freiheit zu denken,
14 zu fühlen und zu handeln. Zwar mangelt es ihnen nicht an edlen Motiven, doch allzu oft sind sie
15 nur intolerante Missionare ihrer eigenen Moral, die die Meinung Andersdenkender nicht respek-
16 tieren. Zu häufig fördern sie den Glauben, man dürfe vom Staat mehr erwarten als von sich
17 selbst. Damit überfordern sie den Staat und unterfordern die Bürger. Eine solche Gefälligkeits-
18 politik führt zu einer trägen und bevormundeten Anspruchsgesellschaft.

19 Wir Liberale vertrauen dagegen dem Menschen mehr als dem Staat. Wir fördern eine solidari-
20 sche Selbstorganisation der Bürgergesellschaft, nicht die Selbstbeschäftigung der Bürokratie.
21 Wir setzen auf individuelle Verantwortung, nicht auf staatliche Versprechen. Wir vergessen
22 nicht, dass Wohlstand eigene Anstrengung erfordert und kein Anspruch an die Staatskasse ist.
23 Wir stemmen uns gegen die Überlastung der Sozialsysteme und befreien die soziale Marktwirt-
24 schaft von den vielen kleinen Fesseln der Bevormundung. Im Gegensatz zu anderen politischen
25 Kräften geben wir uns nie mit dem Status Quo zufrieden, sondern bewahren uns die Neugier auf
26 Veränderungen und die Zukunft. Wir nehmen die Pflege und Weiterentwicklung unserer Infra-
27 struktur in Angriff, statt sie aus materieller Bequemlichkeit oder ideologischen Gründen zu
28 vernachlässigen. Wir erinnern daran: Zunächst muss der Wohlstand von morgen durch das
29 Wachstum einer offenen Bürgergesellschaft geschaffen werden, dann erst kann man über seine
30 Verteilung streiten. Wir wissen, dass eine freie Gesellschaft freier Menschen von Voraussetzun-
31 gen lebt, die wir immer wieder aufs Neue stärken müssen.

32

33 **Der Herrschaft der Angst setzen wir den Mut zur Gestaltung entgegen**

34 Die falschen Freunde der Freiheit zerstören unsere offene Gesellschaft in kleinen Schritten,
35 statt ihre Fundamente für die Zukunft zu sichern. Angst vor Reformen, Kleinmut, ungerechtfertigter
36 Selbstzweifel sowie die Furcht vor Krisen beherrschen mehr und mehr die Diskussionen.

37 An die Stelle von Vernunft, Offenheit und Optimismus treten moralische Selbstgerechtigkeit,
38 alte ideologische Rezepte und Pessimismus. Doch wo Rechtsstaat, Wachstum und Wandel nur
39 als Hindernis oder Bedrohung verstanden werden, wird der Freiheit die Grundlage entzogen.
40 Unsere Freiheit geht verloren, wenn die Initiative der Einzelnen durch Ideologie, Bürokratie und
41 die Machtfülle von Unternehmen und Staaten erdrückt wird. Mit der Freiheit stirbt die großarti-
42 ge Gestaltungskraft der Selbstbestimmung. Das können und wollen wir uns nicht leisten, schon
43 gar nicht angesichts der vielen Herausforderungen unserer Zeit.

44 Vor kaum mehr als zwanzig Jahren brachten Menschen, die nach Freiheit strebten, die Mauern
45 in Europa zu Fall. Und trotzdem verlieren seitdem viele Menschen in Deutschland und Europa

1 das Vertrauen in die wirtschaftliche, staatliche und politische Ordnung. Viele von ihnen sind
2 beunruhigt durch Fehlentwicklungen in den Finanzmärkten und den öffentlichen Haushalten, in
3 Umwelt und Gesellschaft. Sie fragen sich, ob die Zukunft wirklich besser wird als die Vergan-
4 genheit. Sie haben Zweifel an der fairen Balance der Freiheit, weil sie fürchten, dass die Freiheit
5 missbraucht wird. Doch Zweifel an der Fairness unserer Grundordnung schwächen das Vertrau-
6 en in die Soziale Marktwirtschaft, den Rechtsstaat und die Demokratie. Wir wollen dieses
7 Vertrauen zurückgewinnen, indem wir die Ordnungen der Freiheit wieder in eine Balance von
8 Fairness und Verantwortung bringen und die Chancen der individuellen Freiheit sichern. Wir
9 wollen eine dynamische, faire und offene Bürgergesellschaft gestalten, in der möglichst jeder
10 von der eigenen Leistung leben kann.

11

12 **Wir nehmen die Herausforderungen an**

13 Im Prozess der Globalisierung verflochten sich Kulturen, Gesellschaften und Wirtschaftsräume
14 über die nationalen Grenzen hinweg. Das schafft Wachstum und Wohlstand, gleichzeitig aber
15 entstehen neue Herausforderungen: Die vertrauten Ordnungen der Nationalstaaten geraten
16 unter Druck. Global agierende Unternehmen werden zu privaten Giganten, deren Wirtschafts-
17 macht mitunter größer ist als die mancher Staaten. Schlecht regulierte Finanzmärkte drohen die
18 Ersparnisse eines ganzen Arbeitslebens zu vernichten. Neben der Globalisierung erschafft die
19 rasch zunehmende Digitalisierung eine virtuelle Welt mit neuen Chancen zur Persönlichkeitsent-
20 faltung, zur globalen Vernetzung und Kommunikation sowie für unternehmerische Aktivitäten.
21 Ferne Kontakte, Ereignisse, Informationen werden gegenwärtig und unmittelbar. Neue Räume
22 für Kreativität, Kritik und Kooperation entstehen. Dabei verlieren nicht nur nationale Grenzen
23 immer mehr an Bedeutung auch die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit ver-
24 schwimmen.

25 Unser Bewusstsein für die Schicksale der Menschen in anderen Ländern und für die weltweiten
26 Gefährdungen von Umwelt, Klima und Ressourcen wächst. Ein steigender Natur- und Ressour-
27 cenverbrauch, der unsere Umwelt und unser Klima aus der Balance bringt, bedroht bereits
28 vielerorts eine menschenwürdige Zukunft. Im Jahre 2050 sollen 10 Milliarden Menschen in
29 Freiheit, Frieden und gegenseitiger Verantwortung auf unserer Erde leben können. Das aber
30 kann nur gelingen, wenn weltweit immer mehr Menschen die Chance auf ein Leben in Selbstbe-
31 stimmung und Würde haben.

32 Der Auftrag der Liberalen ist es, an einer globalen Ordnung mitzuwirken, die Freiheit sichert und
33 mehr Chancen für immer mehr Menschen schafft. Rechtsstaat, Demokratie und Marktwirtschaft
34 müssen immer wieder angepasst werden. Der Prozess der europäischen Einigung ist eine erste
35 Antwort darauf.

36 Gleichzeitig werden Deutschland und Europa im demografischen Wandel älter, bunter und
37 städtischer. Dabei wird die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine zentrale
38 soziale Frage unserer Zeit. Vielfältige Lebensentwürfe und offene Biographien werden zur neuen
39 Normalität. Liberale begrüßen diese Vielfalt. Der Wandel verändert die Grundlagen unserer
40 sozialen Sicherungssysteme und den Bedarf an Infrastruktur. Er begründet Reformen.

41 Auch ist der liberale Anspruch auf Chancengerechtigkeit und Teilhabe in unserer Gesellschaft
42 längst nicht erfüllt. Während viele junge Menschen heute weit bessere Entwicklungschancen
43 haben als vor Jahrzehnten, wird die Armut in Teilen unserer Gesellschaft weitervererbt. Aufstieg
44 durch Leistung, unabhängig von sozialer Herkunft, bleibt eine Herausforderung für die Libera-
45 len – damit Freiheit von allen gelebt werden kann.

1 Unser Deutschland soll ein Land der Freiheit und der Chancen sein

2 Deutschland muss ein liberales Land bleiben. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen wir
3 nur, indem wir uns darauf besinnen, was unser Land groß gemacht hat: die Ideen und die Tat-
4 kraft, die Arbeit und das Engagement, das Wissen und die Werte der Menschen in Deutschland.
5 Es ist die Kraft der Selbstbestimmung, die eine bessere Zukunft schafft. Liberale sind über-
6 zeugt: Deutschland wird es dann gut gehen, wenn jeder eine faire Chance auf Selbstentfaltung
7 bekommt, wenn alle sich an die gleichen Regeln halten und wenn jeder einen fairen Anteil an
8 der Sicherung der Zukunft übernimmt. Wir Liberale wollen den Weg ebnen für mehr Freiheit für
9 mehr Menschen – heute und für kommende Generationen. Wir schützen Freiräume gesell-
10 schaftlicher Entwicklungen und schaffen immer wieder neue Chancen zur individuellen Entfal-
11 tung. Mögen die anderen nur auf die Risiken schauen – wir sehen die Chancen für freie Men-
12 schen in einer freien und offenen Gesellschaft.

15 II. Unser Auftrag ist die Freiheit

17 Die FDP ist die einzige Partei der Freiheit

18 Als einzige Partei in Deutschland macht die FDP die Freiheit des einzelnen Menschen zum Maß,
19 Mittel und Zweck all ihrer Politik. Immer ist der Mensch Subjekt, nie darf der Mensch zum
20 bloßen Objekt der Politik werden. Die konservative Tradition hingegen orientiert sich an der
21 Autorität von Staat, Stand oder Kirche. Linke Traditionen stellen Klassen und Gruppen vor den
22 einzelnen Menschen, und glauben an die Steuerbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Die
23 ökologisch-egalitäre Denkrichtung stellt die Natur über den Menschen. Sie alle vertrauen in
24 erster Linie auf den Staat. Durch ihn wollen sie eine andere, eine dogmatisch geschlossene
25 Gesellschaft und ihre vom Zeitgeist diktierten Lebensmodelle durchsetzen. Wir Liberale allein
26 vertrauen zuerst auf den mündigen Menschen und den souveränen Bürger.

28 Die Freiheit des Einzelnen ist selbstbestimmte Entfaltung

29 Freiheit bedeutet, dass Menschen sich selbstbestimmt entfalten können. Diese eigene Freiheit
30 soll jeder Mensch konkret fühlen und erleben können. Darum kämpfen wir für die Freiheit, das
31 Leben selbst in die Hand zu nehmen. Jeder Mensch hat das Recht, hier, heute und für morgen
32 das eigene Glück zu suchen. Jeder Einzelne muss fähig sein, selbst über Form, Inhalt und Sinn
33 seines Lebens zu entscheiden. Deshalb sind wir Liberalen die Hüter der Selbstbestimmung.

34 Wir vertrauen auf den Willen und die Vernunft der Einzelnen, für sich selbst die richtigen Le-
35 bensentscheidungen zu treffen. Unser Misstrauen gilt all jenen, die anderen Menschen be-
36 stimmte Lebensentscheidungen vorschreiben wollen. Wir unterstützen diejenigen Bürger, die
37 bei der Verwirklichung ihrer Potenziale Hilfe brauchen. Erst eine faire Rahmenordnung und faire
38 Chancen ermöglichen die Selbstentfaltung des Einzelnen. Wir erwarten gleichzeitig, dass der
39 Einzelne seine Freiheit in Verantwortung für das eigene Leben und gegenüber der Mitwelt, der
40 Umwelt und der Nachwelt gebraucht. Hierauf verpflichten wir unsere Politik. Dafür schaffen wir
41 eine Ordnung von Freiheit, Fairness und Verantwortung.

1 **Die Freiheit der Vielen ist selbstbestimmte Entwicklung**

2 Freie Menschen kann es dauerhaft nur in freien Gesellschaften geben, denn die Freiheit des
3 Einzelnen und die Freiheit der Vielen bedingen einander. Wir wollen, dass die Entwicklungen in
4 freien Gesellschaften die Lebenschancen der Menschen nicht bloß bewahren, sondern sie stets
5 verbessern. Die Freiheitsordnungen des Rechtsstaats, der Sozialen Marktwirtschaft und der
6 Demokratie gewährleisten gemeinsam, dass die Kraft, Offenheit und Dynamik freier Gesell-
7 schaften in zivilen, fairen und verantwortlichen Entwicklungen kanalisiert werden. Diese Ord-
8 nungen schützen davor, dass Einzelne ihre Freiheitsräume zu Lasten Anderer ausdehnen. Sie
9 brechen immer wieder die Konzentration von Macht auf, denn ein Leben in Freiheit und Würde
10 ist unter fremdem Machtdiktat undenkbar.

12 **Fairness und Gerechtigkeit schützen vor Gleichmacherei**

13 Wir wollen eine faire Freiheit. Bedürfnisgerechtigkeit heißt, existenziellen Bedürfnissen des
14 Einzelnen zu entsprechen. Leistungsgerechtigkeit würdigt die individuelle Anstrengung. Chan-
15 cengerechtigkeit heißt, dass alle Menschen am Start gerechte Chancen erhalten, sich ihren
16 Bedürfnissen, Potentialen und ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend in einer freien Gesellschaft
17 entfalten zu können. Und Gleichheit sichert allen Menschen vor dem Gesetz die gleichen Rechte
18 zu. Ein menschliches Zusammenleben braucht alle diese Formen der Gerechtigkeit. Doch was
19 Gerechtigkeit im Einzelfall konkret bedeuten soll, muss in einer offenen Gesellschaft immer
20 wieder neu justiert werden. Für uns ist das Prinzip der Fairness Voraussetzung und Maßstab der
21 steten Suche nach Gerechtigkeit.

22 Fair ist es, alle Menschen gleichermaßen zu befähigen, sich ihren Bedürfnissen, Potenzialen und
23 ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend in einer freien Gesellschaft entfalten zu können. Fair ist
24 ebenfalls eine Kultur der zweiten Chance. Wir setzen nicht auf Gleichmacherei, sondern auf das
25 Wettbewerbs- und Leistungsprinzip. So wird verhindert, dass gesellschaftliche Positionen auf
26 Grund von Herkunft, Gesinnung oder Geschlecht besetzt werden. Das Wettbewerbs- und Lei-
27 stungsprinzip ist die Quelle, sozialen Aufstieg durch eigene Anstrengungen zu erreichen und
28 nicht auf Privilegien hoffen oder sie verteidigen zu müssen.

29 Fairness hat nicht die Gleichheit von Ergebnissen zum Ziel. Vielmehr ist sie die Bedingung für
30 als gerecht empfundene Chancen, unterschiedliche Lebensentwürfe zu verfolgen und auf eigene
31 Weise zu persönlichem Glück, Einkommen und Eigentum zu gelangen. Verschiedenheit ist die
32 Voraussetzung und Folge unserer Freiheit. Sie ermöglicht die Entfaltung unserer persönlichen
33 Anlagen und ist der Ursprung des Fortschritts. Deshalb ist es ebenso ungerecht wie töricht,
34 Ungleiches gleich zu machen.

36 **Verantwortung, Solidarität und Nachhaltigkeit als liberale Prinzipien**

37 Freiheit ist undenkbar ohne die Verantwortung für sich selbst und gegenüber der Mitwelt,
38 Umwelt und Nachwelt. Verantwortungsloser Gebrauch der Freiheit ist Egoismus auf Kosten
39 Dritter. Er zerstört die Grundlagen unseres Zusammenlebens und damit die Fundamente der
40 Freiheit selbst. Liberale Politik ist ihrem Wesen nach aber die Bewahrung und Mehrung der
41 Freiheit. Sie ist daher untrennbar mit dem Prinzip der Verantwortung verbunden.

42 Wer verantwortlich handelt, dem gehört auch der Lohn eigener Anstrengung. Und wer den
43 Nutzen hat, muss auch das Risiko tragen. Die Leistungsgerechtigkeit und das Prinzip der per-

1 sönlichen Haftung sind zwei Seiten der Eigenverantwortung. Ihr wollen wir in der Sozialen
2 Marktwirtschaft ebenso wie in der Politik und Gesellschaft wieder stärkere Geltung verschaffen.
3 Eine Gesellschaft, in der nur einer oder einige frei sind, ist selbst nicht frei. Liberale Politik steht
4 in der Verantwortung für die Freiheit aller Menschen. Deswegen kämpfen wir in Deutschland,
5 Europa und weltweit für die Freiheit anderer. Wir stehen für eine nachhaltige Entwicklung, um
6 die ökologischen, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen der Freiheit für kommende
7 Generationen zu bewahren und für die Menschen der Welt zu mehren. Wir stehen für Solidarität
8 und einen liberalen Sozialstaat, weil individuelle und gesellschaftliche Freiheit auch materielle
9 Freiheit voraussetzt.

10

11 **Freiheitliche Politik und bürgerliche Haltung**

12 Mit dieser Tradition und Haltung formuliert die FDP ihre liberale Politik. Als Partei der Freiheit
13 des Einzelnen sind wir die Partei der gesellschaftlichen Mitte. Unsere Haltung als Bürger ist von
14 Maß und Mitte geprägt. Orientierung am Menschen heißt für uns keineswegs Orientierung an
15 populären Stimmungen des Zeitgeistes. Vielmehr bekennen wir uns mit Leidenschaft zur Ver-
16 nunft, Verantwortung und Verhältnismäßigkeit. Orientierung am Bürger heißt für uns nicht nur
17 Orientierung an besonders engagierten Bürgern, Staatsbürgern oder Bildungsbürgern. Vielmehr
18 wird nach unserem Verständnis jeder Mensch dann zum Bürger seiner Welt, wenn er selbstbe-
19 stimmt Verantwortung für sich und gegenüber der Mitwelt, der Umwelt oder der Nachwelt
20 übernehmen will.

21 Für Liberale muss Politik rational sein. Entscheidungen sind niemals alternativlos, deshalb
22 wenden wir uns gegen die Tyrannei der angeblichen Notwendigkeit. Vermeintlichen Sachzwän-
23 gen stellen wir stets die Suche nach besseren Alternativen und einen Sinn für das Mögliche
24 entgegen. Die Tugend der Toleranz bedeutet für uns, die guten Absichten der anderen Seite zu
25 respektieren, so anstrengend dies auch sein mag.

26 Die Freiheit des Einzelnen bedarf der Freiheit der Vielen. Liberale Politik ist deshalb Politik für
27 eine offene Bürgergesellschaft. Sie ist das Gemeinwesen freier und an Rechten gleicher Bürger.
28 Ihr Gemeinwohl ist weder die Summe von Einzelinteressen noch die notwendige Folge einer
29 guten Gesinnung oder emotionaler Empörung. Das Gemeinwohl ist vielmehr das Ergebnis der
30 steten Suche Aller nach gemeinsamen Verbesserungen für die Zukunft. Dementsprechend ist
31 der Staat auch nicht Diener einzelner und privilegierter Interessen, sondern Hüter der Freiheits-
32 ordnungen und Diener aller Bürger.

33

34 **Zukunft entsteht durch Selbstbestimmung**

35 Menschliche Zukunft entsteht nicht im zentralen Diktat des Staates. Kein Einzelner und keine
36 Gruppe verfügt über abgeschlossenes Wissen, welche Fragen eine Welt im Wandel an uns
37 richten wird. Die Wahrheit von heute ist oft der Irrtum von morgen. Die stetige Suche nach einer
38 besseren Zukunft braucht deshalb viele verschiedene, dezentrale Freiräume für Experimente,
39 für Versuch und Irrtum. Für diese Suche schaffen wir die Rahmenbedingungen: für den fairen
40 Wettbewerb am Markt, für die Selbstorganisation und Kooperation der Bürgergesellschaft, für
41 das große Gespräch der Demokraten auf allen Ebenen in Gesellschaft und Parlamenten und für
42 die offene Wahrheitssuche der Wissenschaft. Sie alle führen auf ihre Weise das Wissen und die
43 Weisheit vieler einzelner Menschen zusammen. Dabei entstehen Beiträge zu Innovation, Ver-
44 besserung und Veränderung. Ein Monopol auf Problemlösungen gibt es nicht. Denn die offene

1 Gesellschaft ist eine lernende Gesellschaft, die schrittweise an einer besseren Zukunft arbeitet.
2 Das ist Fortschritt.

3

4 **Aufgaben einer Regierung**

5 Die repräsentative Demokratie ist die politische Ordnung der Freiheit. Bürger wählen Bürger in
6 die Parlamente. Die von diesen Parlamenten gewählten und kontrollierten Regierungen führen
7 den Staat und seine Verwaltung auf Zeit. Probleme, die sie nicht selbst in der Wirtschaft, Wis-
8 senschaft oder in bürgergesellschaftlicher Selbstorganisation lösen können, bearbeiten die
9 Bürger in der Politik. Politik ist also die Sphäre des Bürgers und nicht des Staates. Nach libera-
10 ler Vorstellung gehört es zu den Aufgaben einer guten Regierung, die Freiheitsordnungen zu
11 pflegen und auszubauen, das Machtstreben staatlicher Bürokratie zu begrenzen, den Haushalt
12 verantwortlich zu führen und Voraussetzungen für mehr Chancen für mehr Menschen zu schaf-
13 fen, beispielsweise durch die Sicherung leistungsfähiger Infrastrukturen. Regierungspolitik in
14 unserem Sinne ist zugleich Chancenpolitik für das Individuum und Ordnungspolitik für die
15 Gesellschaft.

16

17 **Kulturelle Werte schaffen den Raum der Freiheit**

18 Neben Recht und Gesetz bestimmt der kulturelle Rahmen unserer Gesellschaft, wie wir mit
19 unserer Freiheit verantwortungsvoll umgehen. Die kulturellen Traditionen prägen die Sitten der
20 Gesellschaft, stiften Identität und Vertrauen. Sie müssen von den Bürgerinnen und Bürgern
21 kontinuierlich weiterentwickelt werden. Sie unterliegen im Kern nicht einer staatlichen Regulie-
22 rung, sondern gehören zum ureigenen Gestaltungsraum freier Bürger. Eine Kultur, die der
23 Freiheit eine Form gibt, verbindet alle Mitglieder einer Gesellschaft. Sie überschreitet Grenzen
24 und bereitet den Weg zu einer Weltgesellschaft, in der sich alle Kulturen respektvoll begegnen.

25

26 **Die Freiheit des Einzelnen wächst über nationale Grenzen hinaus**

27 Die Geschichte von Einigkeit und Recht und Freiheit unseres Landes ist die Geschichte des
28 liberalen Kampfes für eine Gesellschaft der Bürger, für die Herrschaft des Rechts, für das Primat
29 der individuellen Freiheit, für das vereinte Deutschland. Die FDP hat vielfältigen und entschei-
30 denden Anteil an der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Aber individuelle Freiheit darf nicht
31 an nationalen Grenzen haltmachen. Liberale Politik gewährleistet die Zukunft freier Menschen in
32 freien Gesellschaften – in unserem Land, in Europa, in der ganzen Welt.

33 Die Freiheit ist ein globaler Leitwert. Sogar wer die Freiheit verwirft, nutzt die Freiheit, sich
34 gegen sie zu entscheiden. Nur auf einer freiheitlichen Grundlage kann daher globaler Konsens
35 erwachsen. Freiheit ist die Grundlage der Menschenrechte und daher unteilbar. Deshalb treten
36 Liberale in der Tradition der Aufklärung weltweit für die Durchsetzung der universell gültigen
37 Menschen- und Bürgerrechte ein.

38

39

40

41

42

43

1 III. Chancen für freie Menschen – Ordnung für offene Bürgergesellschaften

4 III.1 Wachstum und nachhaltige Entwicklung dienen dem Fortschritt

6 Fortschritt für mehr Chancen

7 Liberale streben nach mehr Freiheit für mehr Menschen. Wir wollen, dass alle Menschen frei
8 sind von Hunger, Armut, Furcht und Not. Wir wollen, dass alle Menschen die Chance auf ein
9 selbstbestimmtes Leben und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben. Dies ist der gesellschaft-
10 liche Fortschritt, den wir meinen.

11 Weder ist Fortschritt linear, noch lässt er sich durch zentrales Diktat gewährleisten. Nur dort,
12 wo Menschen ihre Verhältnisse immer wieder durch Experiment und Irrtum, durch Korrektur
13 und Gestaltung verbessern wollen, wird Fortschritt dauerhaft und nachhaltig möglich. Für uns
14 ist Geschichte die Fortentwicklung des Menschen durch seine eigene Tätigkeit. Sie ist ein
15 ständiger Prozess des möglichen Wachstums. Der Fortschritt der Geschichte liegt darin, mehr
16 Lebenschancen für mehr Menschen zu schaffen. Die offene Bürgergesellschaft ist eine Gesell-
17 schaft, die stets nach diesem Fortschritt strebt – durch das Engagement in der Demokratie
18 ebenso wie durch Innovation am Markt und Erkenntnisse der Wissenschaft.

19 Fortschritt ist, genau wie die Freiheit selbst, immer gefährdet und nie ganz gewonnen. Wachs-
20 tum und Entwicklung sind Wege zum Fortschritt. Denn wo Menschen, Ideen, Unternehmen,
21 Gesellschaften und Volkswirtschaften wachsen können, kommen Wohlstand und Lebensqualität
22 voran. Die vielfältigen Erträge des Wachstums sichern und schaffen neue Chancen der Selbst-
23 entfaltung, und die offene Entwicklung freier Gesellschaften bestimmt darüber, wo und wie
24 welches Wachstum und welche Chancen entstehen können.

26 Wachstum ist Leben

27 Liberale werben für einen neuen Wachstumsbegriff: Wachstum ist für uns weit mehr als Wirt-
28 schaftswachstum, es ist ein Wesenszug freier Gesellschaften. Persönliches Wachstum ist die
29 selbstbestimmte Entfaltung des Einzelnen. Gesellschaftliches Wachstum zeigt sich in der Diffe-
30 renzierung und Individualisierung moderner Gesellschaften. Wirtschaftswachstum bedeutet,
31 dass vielfältige Erträge für Wohlstand und Lebensqualität entstehen, darunter Arbeitsplätze und
32 Aufstiegsperspektiven. Wachstum heißt, dass aus weniger Wissen mehr Wissen, aus wenig
33 Effizienz mehr Effizienz, aus schlechten Lösungen bessere Lösungen werden. Es heißt, Altes zu
34 erneuern, effizienter zu wirtschaften und bessere Lösungen zu suchen und zu finden. Wachstum
35 schafft Vielfalt. Wachstum ist Leben.

36 Wachstum für den Einzelnen und für die Vielen braucht Bildung und Wissen, Initiative und
37 Investitionen. So entstehen neue Ideen, neue technische und soziale Innovationen und bessere
38 Produkte für mehr Wohlstand und Lebensqualität. Wachstum macht es uns leichter, persönli-
39 che, gesellschaftliche und globale Herausforderungen zu bewältigen – von der Energiewende
40 und der ökologischen Modernisierung über den demografischen Wandel bis zur Bekämpfung
41 von Krankheiten. Wachstum ist für Liberale grundsätzlich wertgebunden – in Verantwortung
42 gegenüber den Idealen unserer freiheitlichen Gesellschaft, gegenüber den Menschen und der
43 Natur.

1 **Persönliches und gesellschaftliches Wachstum heißt Entfaltung**

2 Wachstum beginnt für uns Liberale mit dem persönlichen Wachstum durch selbstbestimmte
3 Entfaltung. Jeder Mensch hat das Recht, über sich selbst hinaus zu wachsen. Wo Menschen frei
4 handeln und entscheiden können, wirken sie mit am Wachstum ihrer Lebenswelt, Gesellschaft
5 und Volkswirtschaft. Wer gesellschaftliches oder wirtschaftliches Wachstum hemmt und be-
6 schneidet, der hemmt und beschneidet damit stets die persönliche Freiheit von Einzelnen.
7 Bildung, Kultur und gesellschaftliche Vielfalt hingegen fördern das persönliche Wachstum.

8 Gleichzeitig bedeutet Wachstum für uns auch gesellschaftliches Wachstum. Dabei erfordert
9 eine vielfältige Gesellschaft, die demographisch schrumpft, andere Formen des Wachstums als
10 bisher. Nur wenn wir Veränderung, Dynamik und Innovation als Chancen begreifen, ernten wir
11 das Versprechen auf eine bessere und offene Zukunft. Wachstum ist in diesem Sinne Ergebnis
12 und Triebfeder des gesellschaftlichen Fortschritts. Eine Gesellschaft, die kein Wachstum mehr
13 kennt, ist eine statische und versteinerte Gesellschaft. Nur eine Gesellschaft, die wächst, kann
14 auch zusammenwachsen.

16 **Wirtschaftswachstum fördert Wohlstand**

17 Die FDP tritt klar für Wirtschaftswachstum ein. Es entsteht aus dem menschlichen Streben nach
18 einem besseren Leben. Wirtschaftliches Wachstum ist ein Wachstum des Wissens darüber, wie
19 materielle und immaterielle Werte geschaffen werden können. Der Wohlstand und die hohe
20 Lebensqualität in Deutschland sind das Ergebnis der Erfindungsgabe und der Schaffenskraft
21 seiner Bürgerinnen und Bürger.

22 Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern Mittel der Politik für mehr Freiheit. Ziel ist es, durch
23 Wachstum unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität auf Dauer gewährleisten zu können.
24 Wachstum ist die Grundlage dafür, dass Menschen durch eigene Arbeit ihre Lebensverhältnisse
25 verbessern können. Wirtschaftswachstum erhöht die Chancen auf den wirtschaftlichen Aufstieg
26 des Einzelnen. Zugleich schafft es die Grundlage für eine anhaltend gute medizinische Versor-
27 gung, für echte Bildungschancen und einen leistungsfähigen Sozialstaat, für vielfältige Kultur
28 und einen schonenden Umgang mit Umwelt.

29 Wachstum heißt für uns aber auch, dass wir Wohlstand in Ländern möglich machen, in denen er
30 heute nur ein Traum ist. Richtig verstandenes Wirtschaftswachstum ist ein unverzichtbares
31 Mittel, um in Deutschland, Europa und der ganzen Welt mehr Chancen für mehr Menschen zu
32 schaffen.

34 **Wachstum schafft Qualität**

35 In der modernen Industriegesellschaft ist Wohlstand keine rein materielle Kategorie. Denn das
36 Wohlstandsverständnis der Menschen ist so vielfältig wie ihre Wünsche: Lebensqualität im
37 Wohnumfeld, zwischenmenschliche Beziehungen und Zeitsouveränität gewinnen neben wirt-
38 schaftlichem Wohlstand an Bedeutung.

39 Wir sprechen uns dafür aus, das Bruttoinlandsprodukt als klare messbare Größe zu erhalten,
40 daneben aber auch Indikatoren über andere Faktoren von Wohlstand und Lebensqualität mehr
41 Beachtung zu schenken. Ein hohes Bruttoinlandsprodukt ist nicht das primäre Ziel, es ist Aus-
42 druck und Ergebnis von Fortschritt. Über die reine Menge und Materie hinaus spiegelt das BIP
43 Wertsteigerungen wider, die auf qualitativen Verbesserungen von Produkten, Technik und
44 Organisation basieren.

1 In den entwickelten Ländern sind Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität nicht vorrangig
2 über die Ausweitung der Produktion zu erzielen, sondern durch Innovation und Fortschritt.
3 Wachstum heißt deshalb nicht unbedingt mehr, sondern vor allem bessere Güter. Wachstum in
4 Industrieländern ist in diesem Sinne das ökonomische Spiegelbild des technischen Fortschritts
5 und damit im Wesentlichen stets qualitatives Wachstum.
6

7 **Wachstum braucht Wissen und Technik**

8 Fortschritt und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sind nicht möglich ohne Begeisterung für
9 Wissenschaft und Technik. Unser Land braucht Forschungsfreiheit und Fortschrittsoptimismus.
10 Drastische Forschungs- und Denkverbote unterdrücken das Potenzial von Wissenschaft und
11 Forschung, das Gleiche gilt für ein Klima der Technikfeindlichkeit oder einen ineffektiven Schutz
12 des geistigen Eigentums. Staatliche Grenzen müssen ausschließlich dort gesetzt werden, wo die
13 Würde und Freiheitsbedingungen des Menschen verletzt werden.

14 Liberale Politik fördert exzellente Forschung und Entwicklung in allen Wissenschaftsbereichen.
15 Von daher ist es unser Ziel, die wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich leistungsfähige und
16 qualitativ hochwertige deutsche Hochschullandschaft auszubauen und zu sichern. Unsere
17 Hochschulen brauchen ein Höchstmaß an Autonomie, Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit,
18 damit sie schneller, besser und wettbewerbsfähiger werden.
19

20 **Grenzen der Natur respektieren, Grenzen des Wachstums verschieben**

21 Kritiker des Wachstums glauben, für Wachstum müsse es absolute Grenzen geben. In ihrer
22 statischen und mechanischen Sicht werden endliche Ressourcen verbraucht, um den Überfluss
23 zu mehren. Sie fordern deshalb eine staatlich gelenkte, radikale Umkehr unserer Werte und
24 Lebensgewohnheiten. Wir setzen diesen Kritikern Freiheit als Ziel und Mittel liberaler Politik
25 entgegen. Natürlich bedeutet Freiheit für uns nicht Grenzenlosigkeit. Freiheit heißt aber, Gren-
26 zen verschieben zu können.

27 Liberalen ist bewusst, dass es endliche Ressourcen gibt. Ökosysteme haben Belastungsgren-
28 zen. Einmal ausgestorbene Arten sind für kommende Generationen für immer verloren. Eine
29 Abwägung mit kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen kann und darf es hier nicht geben. Die
30 Grenze der Belastbarkeit von Ökosystemen ist daher eine notwendige Leitplanke für die nach-
31 haltige Entwicklung.

32 Regenerierbare Ressourcen dürfen auf Dauer nur in einem Umfang verbraucht werden, den die
33 Natur wiederherstellen kann. Verbrauchen wir dagegen endliche Ressourcen, dann müssen wir
34 Wissen und Technologien entwickeln, die uns in Zukunft die Möglichkeit bieten, den gleichen
35 Zweck mit anderen Mitteln zu erfüllen. Wir vertrauen der Kreativität des Menschen, durch
36 technologische Innovation scheinbare Grenzen des Wachstums zu verschieben und zu überwin-
37 den. Wirtschaftswachstum heißt für uns nicht, endliche Ressourcen auszubeuten und abzu-
38 brennen. Vielmehr ist es unser Ziel, mit kreativen Lösungen qualitativ höherwertige Güter und
39 mehr Effizienz bei der Ressourcennutzung zu schaffen.
40

41 **Freiheit und Wachstum brauchen Ordnungsrahmen**

42 Für die FDP ist die Soziale Marktwirtschaft auch eine ökologische Marktwirtschaft. Mit den
43 Bürgern, mit Unternehmern, Arbeitnehmern und Verbrauchern wollen wir Deutschland verän-
44 dern. Gemeinsam mit ihnen, nicht gegen sie. Wir wollen die Innovationskraft der Marktwirt-

1 schaft in den Dienst des Fortschritts stellen. Dabei muss die Schonung der natürlichen Lebens-
2 grundlagen noch stärker zum wirtschaftlichen Eigeninteresse werden. Aus diesem Grund wollen
3 wir die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass Knappheiten über den Preis
4 zum Ausdruck kommen und die Menschen auf diese Weise zu mehr Ressourceneffizienz moti-
5 viert werden. Der Markt setzt Knappheitssignale effizient um – doch dazu müssen diese Signale
6 auch gegeben werden. Wenn Güter keinen Preis haben, können Märkte nicht effizient funktio-
7 nieren und ökologische Kosten werden infolgedessen zwischen Weltregionen und Generationen
8 umverteilt.

9 Liberale Ordnungspolitik muss daher der Nachfrage kommender Generationen, langfristigen
10 ökologischen Risiken und unmittelbaren externen Effekten einen Preis geben. Es muss das
11 Verursacherprinzip gelten, und wo es möglich ist, sind Eigentumsrechte zu definieren. Die
12 Abwendung von Gefahren erfolgt durch das Ordnungsrecht. Belastungsgrenzen müssen vorran-
13 gig durch Mengen steuernde Marktinstrumente wirksam umgesetzt werden, wie zum Beispiel
14 den Emissionshandel. Auf diesem Weg wird aus der Verbrauchsökonomie die Effizienzökono-
15 mie.

17 **Wachstum braucht Generationengerechtigkeit**

18 Liberale messen ihre Freiheit auch an der Freiheit nachfolgender Generationen. Eine dynami-
19 sche und offene Gesellschaft hält auch ihre Zukunft offen. Es steht uns nicht zu, die Freiheit
20 unserer Nachkommen durch unumkehrbares Handeln einzuschränken. Wir leben heute vielfach
21 über unsere Verhältnisse: finanziell, aber auch ökologisch. Wenn wir heute auf Kosten künftiger
22 Generationen leben, hinterlassen wir ihnen denkbar schlechte Startchancen. Wer zum Beispiel
23 in zerstörten Lebensräumen lebt, unter schlechter Bildung leidet und die Schulden der Vorfah-
24 ren abtragen muss, kann seine Potenziale nicht frei entfalten. Wenn wir so weitermachen wie
25 bisher, ist letztendlich auch die Freiheit bedroht.

26 Das liberale Verständnis von nachhaltiger Entwicklung gründet sich auf klaren Wertentschei-
27 dungen: Wir sind der Generationengerechtigkeit und der globalen Verantwortung verpflichtet.
28 Künftige Generationen sollen gleiche Chancen auf Freiheit haben wie die Menschen heute. Aus
29 liberaler Sicht sichert nachhaltige Entwicklung nicht nur die Chancen auf ein menschenwürdiges
30 Leben für immer mehr Menschen langfristig und global – sie weitet sie auch aus. Dazu gehört
31 die Teilhabe am Reichtum der Umwelt, am sozialen Miteinander und an der Wirtschaft. Nur so
32 wird Wachstum auf Dauer möglich.

33 Deshalb hat die FDP stets die Ausweitung des Prinzips nachhaltigen Wirtschaftens auch im
34 Hinblick auf die Staatsfinanzen und Sozialsysteme vorangetrieben. Liberale streben eine ausge-
35 glichene Bilanz zwischen den Generationen an. Das ist für uns eine wesentliche Leitplanke
36 nachhaltiger Politik. Um hier Transparenz zu schaffen, muss eine Generationenbilanzierung
37 eingeführt werden, die auch in der Gesetzesfolgenabschätzung genutzt wird.

39 **Nachhaltige Entwicklung in Verantwortung für die Freiheit**

40 Nachhaltige Entwicklung selbst ist nur in und durch Freiheit möglich. Wo Freiheit wächst, ist
41 nachhaltige Entwicklung erfolgreich. Wo Freiheit eingeschränkt wird, kann keine nachhaltige
42 Entwicklung herrschen. Nachhaltigkeit hat für Liberale nichts mit Askese zu tun. Auch die
43 Menschen von heute haben ein Recht auf ein gutes Leben. Wir können uns heute nicht aufop-
44 fern, damit es unsere Urenkel einmal besser haben. Wir können und sollen die Welt nicht kon-
45 servieren. Aber wir müssen unser Handeln vor der Umwelt und der Nachwelt verantworten.

1 Nachhaltige Entwicklung in der lernenden Gesellschaft verstehen wir als eine „zweite Aufklärung“ der Menschen über die langfristigen negativen wie positiven Folgen unseres eigenen Handelns.

4 Gleichzeitig ist Freiheit selbst die Voraussetzung eines erfolgreichen gesellschaftlichen Such-,
5 Lern- und Gestaltungsprozesses für mehr Nachhaltigkeit. Wir wollen den Diskurs über nachhal-
6 tige Lebensstile und nachhaltigen Konsum vorantreiben, diese Werte aber nicht staatlich ver-
7 ordnen. Nachhaltige Entwicklung braucht Innovationen, technische ebenso wie soziale, wirt-
8 schaftliche und wissenschaftliche. Die Freiheit zur Verantwortung und die Freiheit des Wettbe-
9 werbs um Innovationen, die selbstbestimmte Kooperation von Partnern und die Vielfalt von
10 Ideen und Lebensentwürfen ist die Grundlage aller Verbesserungsprozesse.

12 **Wachstum braucht Infrastrukturen**

13 Wachstum heißt auch Veränderung und Entwicklung. Wir wollen Fortschritt und nicht Stillstand.
14 Dafür müssen wir in Deutschland auch die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Wir brau-
15 chen neue und wettbewerbsfähige Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten, moderne
16 und leistungsfähige Verkehrswege, effiziente Anlagen für regenerative und konventionelle
17 Energie, moderne Stromtrassen und eine schnelle und flächendeckende Breitbandversorgung.
18 Denn damit können unser Land und unsere Gesellschaft die Chancen der Zeit nutzen. Infra-
19 strukturen und Investitionen sind dabei kein Selbstzweck, sondern notwendige Voraussetzun-
20 gen für wirtschaftliches Wachstum.

21 Deshalb bekennen wir Liberale uns zum Ausbau und Erhalt notwendiger staatlicher Infrastrukturu-
22 ren einerseits und zu privat finanzierten Investitionsvorhaben andererseits. Wir wollen Deutsch-
23 land als Industrie- und Forschungsstandort erhalten. Wir wollen Verlässlichkeit und Rechtssi-
24 cherheit für alle – auch und gerade für diejenigen, die durch ihre Investitionen in Deutschland
25 Zukunft schaffen. Dieses Ziel können wir aber nur gemeinsam mit den Bürgern erreichen. Staat
26 und Investoren sind daher gleichermaßen aufgerufen, die Betroffenen rechtzeitig einzubinden,
27 zu informieren und zu beteiligen. Darüber hinaus werben wir mit Leidenschaft für einen neuen
28 Infrastrukturkonsens in unserer Gesellschaft, damit Deutschland den Anschluss an die Welt
29 behält.

31 **Wachstum mit neuer Energie**

32 Der schnellere Ausstieg aus der Kernenergie und unsere klimapolitischen Ziele stellen uns in
33 Deutschland vor gewaltige Aufgaben. Bis 2022 müssen wir nicht nur den Ausstieg aus der
34 Kernenergie geschafft haben, sondern vor allem den endgültigen Einstieg in das Zeitalter der
35 regenerativen Energien. Bis 2050 wollen wir ganz auf regenerative Energien setzen.

36 Die Energiewende ist eine Chance. Deutschland kann damit zum Vorreiter und Taktgeber eines
37 neuen Zeitalters werden. Die Energiewende stellt aber auch eine Herausforderung dar. Wenn
38 wir unseren Wohlstand mehren und Arbeitsplätze in der Industrie erhalten wollen, dann brau-
39 chen wir eine sichere und verlässliche Energieversorgung. Wir müssen Energieeffizienz voran-
40 treiben und unnötige Kostenbelastungen vermeiden, damit dabei die Energiepreise für Industrie
41 und Bürger bezahlbar bleiben.

42 Deswegen treiben wir die Energiewende entschlossen, aber mit Vernunft und Augenmaß voran.
43 Wir brauchen den schnellen Ausbau der Energienetze und den Ausbau regenerativer Energien –
44 aber kurz- und mittelfristig auch neue, hoch effiziente konventionelle Kraftwerke. Die Förderin-

1 strumente dazu müssen fortlaufend angepasst werden, so dass sie Kostensenkungen an die
2 Verbraucher weitergeben, den Wettbewerb stärken und langfristig zu einer vollständigen
3 marktwirtschaftlichen Ordnung des Energiemarktes führen. Forschung und Entwicklung müssen
4 wir unterstützen und weiter voran treiben. Außerdem unternehmen wir alle Anstrengungen,
5 Energie effizienter einzusetzen. Denn Energie, die nicht verbraucht wird, muss weder erzeugt
6 noch transportiert werden. Dabei setzen wir auf Anreize und nicht auf Verbote.

8 **Wachstum und Entwicklung lösen globale Probleme**

9 Auf Wachstum für Innovationen zu verzichten, hieße nicht nur, Gesellschaften ihre Freiheit zum
10 Wachstum zu nehmen, sondern auch, vor den weltweiten Herausforderungen von morgen zu
11 kapitulieren. Große Entwicklungsländer werden sich industrialisieren. Menschen wollen Armut
12 und Hunger überwinden und wohlhabend werden. Niemand sollte versuchen, sie daran zu
13 hindern. Stattdessen müssen wir diese Dynamik nutzen und Unterstützung leisten.

14 Die Weltbevölkerung wird weiter wachsen, der weltweite Energiebedarf wird massiv steigen.
15 Der Klimawandel wird den Naturhaushalt verändern und insbesondere den Lebensraum der
16 Küstenregionen bedrohen. Zu den wichtigsten Aufgaben einer Politik für langfristige und globale
17 Lebenschancen gehört, die Welternährung bis 2050 für 10 Milliarden Menschen zu sichern und
18 den drohenden Klimawandel abzumildern. Um globales Wachstum in Einklang mit globalen
19 ökologischen Zielen zu bringen, brauchen wir neues technisches Wissen und den weltweiten
20 Einsatz technologischer Innovationen für ein Mehr an Effizienz und zum Schutz wichtiger Natur-
21 räume. Die Globalisierung soll eine gute Entwicklung für alle werden – für Deutschland genau so
22 wie für Brasilien, Bangladesh oder Burkina Faso.

24 **Klimaschutz und Wachstum verbinden**

25 Die Herausforderung des Klimawandels werden wir nur bewältigen, wenn die Welt gemeinsam
26 handelt. Vordringlichstes Ziel ist die Begrenzung der erwarteten Erderwärmung auf maximal 2
27 Grad Celsius. Dazu muss der globale Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 mindestens halbiert
28 werden. Diese Anstrengung muss entsprechend der historischen Verantwortung und den wirt-
29 schaftlichen Fähigkeiten unter den Staaten aufgeteilt werden. In Deutschland wollen wir bis
30 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent gegenüber 1990 senken, bis 2050 wollen wir die Emissi-
31 onen um 80 bis 95 Prozent reduzieren. Langfristiges Ziel ist ein weltweiter Ausstoß von Treib-
32 hausgasen von maximal 2 Tonnen CO₂ pro Kopf.

33 Deutschland und Europa können dem Klimawandel nicht allein begegnen, sollen aber Vorreiter
34 und Vorbild für eine klimaverträgliche Entwicklung sein. Wir sind in der Lage, Wege aufzuzeigen,
35 wie wir den Schutz unseres Klimas und gleichzeitig Wachstum und Wohlstand in Einklang brin-
36 gen. Klimapolitik, die nur auf Wachstumsverhinderung setzt, ist global von vornherein zum
37 Scheitern verurteilt. Wir wollen Innovationen und Fortschritt nutzen, um den Klimawandel
38 abzumildern. Aktive Politik für den Klimaschutz kann somit Vorsorge für eine langfristig tragfä-
39 hige wirtschaftliche und ökologische Entwicklung sein und zugleich Motor für Wachstum.

40 Das notwendige globale Handeln wird nur durch Zusammenarbeit entstehen. Deshalb werden
41 wir bei der Anpassung an den Klimawandel, den Schutz der Regenwälder und einer klimaver-
42 träglichen Industrialisierung insbesondere die Entwicklungsländer unterstützen. Internationale
43 Energie- und Umweltkooperation liegt im unmittelbaren deutschen Interesse.

1 **Wachstum in internationaler Verantwortung**

2 Liberale Entwicklungspolitik ist eine Investition in eine menschenwürdige Zukunft weltweit. Wir
3 wollen Freiheit von Furcht und Not in chancengerechten Gesellschaften. Grundlage liberaler
4 Entwicklungspolitik sind die Menschenrechte. Sie sind nicht Verhandlungsmasse, sondern
5 Voraussetzung der Zusammenarbeit. Zukunft entwickeln wir nicht durch die Bekämpfung von
6 Symptomen. Um die Ursachen von Armut und Hunger zu bekämpfen, müssen wir deshalb
7 unsere Partner in die Pflicht nehmen, freiheitliche Grundordnungen aufzubauen, in denen Chan-
8 cen durch Selbstbestimmung wachsen.

9 Unsere Politik zielt darauf ab, in den Partnerländern bessere Rahmenbedingungen für eine
10 nachhaltige ökonomische, soziale und politische Entwicklung zu schaffen, die ökologisch aus-
11 gewogen ist. Grundlage einer dauerhaften Entwicklung sind die Freiheit des Einzelnen, Sicher-
12 heit durch einen effektiven Rechtsstaat, eine demokratisch verantwortliche, korruptionsfreie
13 Regierung und eine funktionierende soziale Marktwirtschaft. Nur Länder, die ihre Ordnung und
14 Politik Schritt für Schritt an diesen Grundlagen ausrichten, haben eine Chance auf Fortschritt.
15 Die wesentliche Verantwortung dafür liegt in den Ländern selbst. Letztendlich muss aus Hilfs-
16 bedürftigkeit Unabhängigkeit entstehen, denn das Fernziel jeder Entwicklungspolitik ist es, sich
17 selbst überflüssig zu machen.

18 Gute Rahmenbedingungen befähigen die Menschen, Chancen zu ergreifen und sich aus der Not
19 zu befreien. Doch Entwicklung braucht viele engagierte Akteure. Sie müssen Unternehmertum
20 und Pioniergeist mit Investitionen in technologische und soziale Innovationen verbinden und
21 sich pragmatisch an der Wirksamkeit von Maßnahmen orientieren. Diese engagierten Akteure
22 aus Staat, Bürgergesellschaft und Wirtschaft ermutigen und ermächtigen wir als Chancengeber
23 zu kritischem Diskurs und Kooperation. Gute Entwicklung entsteht nur dort, wo – möglichst
24 dezentral – Eigenverantwortung möglich ist. Und nur dort entsteht mehr Freiheit für mehr
25 Menschen.

26 27 28 **III.2 Mut zur Selbstentfaltung – Chance auf Aufstieg**

29 30 **Vielfalt ist eine Chance für individuelle Selbstentfaltung und sozialen Aufstieg**

31 Die liberale Gesellschaft ist dynamisch und offen. Die Vielfalt der Lebensentwürfe und die
32 Möglichkeiten zur Selbstentfaltung sind für uns gleichermaßen Grundlage und Ergebnis einer
33 liberalen Gesellschaft. Wo Menschen mit vielfältigen Lebenszielen zusammenwirken, entstehen
34 neue Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg und zum persönlichen Wachstum für jeden
35 Einzelnen. Diese gelebte Vielfalt offener Gesellschaften mehrt Chancen und Wohlstand und
36 verbessert nicht zuletzt die Lebensbedingungen für Schwache und Bedürftige. Wir wollen keine
37 Gesellschaft, in der Unterschiede von Menschen und ihre Entscheidungen eingeebnet werden,
38 in der Merkmale der Herkunft zementiert und Entwicklungen gebremst werden.

39 Wir wollen nicht nur Diskriminierungen verhindern, sondern auch eine vielfältige Gesellschaft
40 und Arbeitswelt fördern, in der tatsächlich jeder und jede eine reale Chance auf individuellen
41 Aufstieg und Selbstentfaltung hat. Geschlecht, ethnische Herkunft, Sexualität, Behinderung,
42 Religion und Weltanschauung gehören zur Persönlichkeit eines Menschen. Für Liberale ist es
43 normal, verschieden zu sein. Anders zu sein, ist kein Defizit. Liberale Politik schützt in besonde-

1 rem Umfang vielfältige Lebensformen und Lebensentwürfe – und damit ein angstfreies Anders-
2 sein.

4 **Emanzipation heißt, sich aus Unmündigkeit zu befreien**

5 Emanzipation heißt für Liberale nicht allein die Emanzipation der Geschlechter, sie umfasst auch
6 die Emanzipation in der Familie, im Alter und von Minderheiten. In diesem Sinne ist Emanzipati-
7 on ein individueller und gesellschaftlicher Befreiungsprozess. Wir unterstützen deshalb jeden
8 dabei, seine Aufstiegschancen durch Bildung zu ergreifen. Selbstverantwortung erfordert, sich
9 von fremden Autoritäten zu emanzipieren, Bevormundungen und Bemutterungen zu überwinden
10 und sich des eigenen Verstandes zu bedienen. Liberale wenden sich gegen eine Mentalität, in
11 der Freiheit und Verantwortung delegiert werden – ob an den Staat, an Massenorganisationen
12 oder den jeweils anderen. Wir wollen Menschen stattdessen dahingehend stärken, sich in der
13 Offenheit von Wirtschaft und Gesellschaft bewähren zu können. Wer sich frei entfalten will,
14 braucht Selbstvertrauen und Freiräume. Wer etwas versucht und seinen Beitrag beisteuern
15 möchte, verdient Respekt und Unterstützung in einer neuen Kultur der Anerkennung.

17 **Familien als Gemeinschaft mit Kindern verstehen und schützen**

18 Fundament jeder positiven Persönlichkeitsentwicklung ist die Erfüllung ideeller Grundbedürfnis-
19 se wie Liebe, Geborgenheit und Anerkennung. Die Erfüllung dieser ideellen Grundbedürfnisse ist
20 wegweisend für den weiteren Lebenslauf, für lebensbejahendes und positives Denken sowie für
21 die Fähigkeit, selbst Liebe, Geborgenheit und Anerkennung an andere weiterzugeben.

22 Jedes Kind hat das Recht darauf, sich zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entwi-
23 ckeln und zu entfalten und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Die staatliche
24 Gemeinschaft schützt Kinder vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung und fördert ihre
25 Rechte. In einem liberalen Staat steht an erster Stelle die Pflicht der Eltern, Verantwortung für
26 ihre Kinder zu übernehmen. Alle Maßnahmen, die Kinder betreffen, müssen sich vorrangig am
27 Wohl der Kinder orientieren.

28 Chancen unabhängig von der Herkunft beginnen bereits im Kleinkindalter. In der Verantwortung
29 für ihre Kinder sehen Liberale zwar zunächst die Eltern und erst dann Staat und Gesellschaft.
30 Dennoch kann staatliche Intervention erforderlich sein, um die Grundrechte und den Schutz der
31 Kinder gegenüber ihren Eltern zu sichern.

32 Familie bedeutet heute nicht mehr nur die Lebensgemeinschaft von leiblichen Elternpaaren mit
33 ihren Kindern. Daneben leben heute beispielsweise auch Alleinerziehende, Patchwork-Familien
34 oder gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern in hohem Verantwortungsbewusstsein als Famili-
35 en. Liberale wollen allen Menschen ermöglichen, sich für eine Familie und damit die Verantwor-
36 tung für Kinder zu entscheiden.

38 **Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Familie**

39 Die Entscheidung für Kinder darf nicht zur Benachteiligung in Ausbildung, Beruf und Gesell-
40 schaft, in Lebenskrisen oder im Alter führen. Gemeint ist damit nicht nur die rechtliche, sondern
41 auch die real existierende Benachteiligung, insbesondere von Frauen. Der Staat kann gegen-
42 über den Anforderungen der Arbeitswelt einen geschützten Raum sichern und mithin die Ent-
43 scheidung für Kinder durch eine familienfreundliche Infrastruktur erleichtern.

1 Dazu gehört zuvorderst der flächendeckende bedarfsgerechte Ausbau von Kindertageseinrich-
2 tungen und anderen Formen der Nachwuchsbetreuung. Hier muss die Finanzierung der Kinder-
3 betreuung Vorrang haben vor dem weiteren Ausbau familienpolitischer Transferzahlungen.
4 Durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf können neue Rollenbilder und Struktu-
5 ren in der Arbeitswelt entstehen. Erziehende brauchen einen flexiblen Arbeitsmarkt und Ar-
6beitszeitmodelle, die ihnen die Verbindung von Beruf und Familie ermöglichen – unabhängig
7 vom Geschlecht.

9 **Stärkung von Verantwortungsgemeinschaften**

10 Die Vielfalt der Lebensentwürfe zeigt sich auch in der Vielfalt der Lebensgemeinschaften.
11 Fundament unserer Gesellschaft ist die Übernahme dauerhafter Verantwortung füreinander.
12 Aber wir schreiben den Menschen die Form ihres Zusammenlebens nicht vor. Welchen Platz sie
13 in der Gesellschaft anstreben, welche persönlichen Bindungen sie eingehen und welche sie
14 wieder lösen, bleibt nur den einzelnen Menschen überlassen.

15 Die wichtigste und grundlegende Lebensgemeinschaft ist die Familie als generationenübergrei-
16 fende Verantwortungsgemeinschaft. Die Familie ist Quelle von Anerkennung und Solidarität
17 über Generationen hinweg. Unser Bild von Ehe, Familie und anderen Verantwortungsgemein-
18 schaften bleibt aber offen. Alle Paare sollen die Ehe eingehen können. Bei Rechten und Pflich-
19 ten machen wir keine Unterschiede zwischen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern und
20 Ehegatten. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der eigenen Lebensgemeinschaft
21 ist Privatsache.

22 Auch Menschen ohne verwandtschaftliche oder geschlechtliche Beziehung zueinander bilden
23 Gemeinschaften, die auf Dauer angelegt sind, um sich beispielsweise die Unabhängigkeit von
24 Alten- und Pflegeheimen zu bewahren oder um das Leben gemeinsam zu meistern. In all diesen
25 Formen nehmen Menschen aus freier Entscheidung Verantwortung füreinander wahr und bilden
26 somit Verantwortungsgemeinschaften.

27 Deshalb plädieren wir dafür, ein Rechtsinstitut „Verantwortungsgemeinschaft“ einzurichten, das
28 mit Rechten und Pflichten der Ehe ausgestattet ist. Dagegen sollen Rechte und Pflichten von
29 Ehegatten nicht ungefragt auf nichteheliche Lebensgemeinschaften übertragen werden, ein
30 freies Zusammenleben muss möglich sein.

32 **Selbstverantwortung durch Bildung ermöglichen**

33 Die gewachsene gesellschaftliche Freiheit fordert von jedem Einzelnen ein, für sein eigenes
34 Leben mehr Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere durch Bildung wollen Liberale zur
35 Selbstverantwortung ermutigen und ermächtigen. Gute Bildung in all ihren Facetten ist in der
36 offenen Gesellschaft für die eigenen Lebenschancen entscheidend.

37 Leider versagt unser Bildungssystem gegenwärtig noch zu häufig dabei, jedem die bestmögliche
38 Bildung zu ermöglichen. Bildungserfolg hängt in Deutschland nach wie vor zu stark von der
39 Lebensgeschichte der Eltern ab. In einem Teil unserer Gesellschaft höhlt zementierte Perspek-
40 tivlosigkeit statt echter Chancengerechtigkeit das Versprechen der Aufstiegschancen generati-
41 onenübergreifend aus und behindert damit die Freiheit der Entfaltung. Für uns Liberale ist das
42 ein eklatanter Angriff auf die Grundlagen der freien Gesellschaft und auf unser Verständnis von
43 Chancengerechtigkeit in einer dynamischen Gesellschaft. Deshalb sehen wir zu allererst in der
44 Finanzierung bester Bildungschancen das Fundament für Aufstieg und Selbstentfaltung des

1 Einzelnen, aber auch für Wohlstand und Wachstum der Gesellschaft. Hier kann der Staat auch
2 individuelle Anstrengungen unterstützen, indem er privates Bildungssparen oder berufliche
3 Weiterbildung fördert.

4 Gleichzeitig müssen wir jedoch ein stärkeres Augenmerk auf die Inhalte unseres Bildungssys-
5 tems richten. Die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten bilden den Grundstein für den indivi-
6 duellen Aufstieg. Dazu gehört in einer globalisierten Welt natürlich immer mehr das Beherr-
7 schen von Fremdsprachen. Bildung ist für Liberale nicht nach Schule, Ausbildung oder Studium
8 beendet. Sie ist vielmehr eine lebenslange Aufgabe in Form von beruflicher und allgemeiner
9 Weiterbildung. Weiterbildung eröffnet lebenslang Entfaltungschancen und ermöglicht den
10 beruflichen Aufstieg. Nach unserer Überzeugung ist hierfür neben dem Einzelnen und den
11 Unternehmen auch der Staat stärker als bisher mitverantwortlich.

13 **Bildung an Kindern und Jugendlichen ausrichten**

14 Frühkindliche Bildung ist als zentraler Ausgangspunkt für die Chancen im Leben ebenso wichtig
15 wie eine gute Schulbildung. Kinder aus bildungsfernen Familien brauchen deshalb besondere
16 Unterstützung durch Zivilgesellschaft, Jugendarbeit und Schulen. Jedes Kind und jeder Jugendli-
17 che muss so früh wie möglich lernen, dass sich Anstrengung und Leistung lohnen. Gleichzeitig
18 brauchen die Bildungsträger vor Ort Freiheit, um sich an den Bedürfnissen der Kinder, ihren
19 individuellen Stärken und Schwächen orientieren und ihnen alle Wege eröffnen zu können.
20 Bildungsinhalte und Lehrmethoden sind stärker an der Lebenswirklichkeit auszurichten. Das
21 fördert die Motivation der Jugendlichen, ihr eigenes Leben zu meistern.

22 Da für Liberale der Mensch im Mittelpunkt steht, setzen wir uns für frühe und individuelle För-
23 derung ein, für größtmögliche Freiheit der Schulen und für mehr Durchlässigkeit zwischen den
24 einzelnen Schulen und Schulformen. Liberale sind sich aber bewusst: Der Staat kann nur Rah-
25 menbedingungen schaffen, das familiäre Umfeld kann und darf sich seiner eigenen Verantwor-
26 tung nicht entziehen.

27 Auch der Übergang von der Schule in den Beruf muss verbessert werden. Perspektivlosigkeit
28 trotz Hauptschulabschluss ist ein Problem, das der Staat nicht alleine lösen kann. Hier setzen
29 wir auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, die angesichts des demo-
30 grafischen Wandels ein nachhaltiges Interesse an jungen Fachkräften hat. Für uns Liberale sind
31 alle Formen der Bildung – ob frühkindlich, allgemeinbildend oder beruflich, ob akademisch oder
32 weiterbildend – zentrales Handlungsfeld einer verzahnten Politik auf allen politischen Ebenen.
33 Denn jedem Kind und jedem Jugendlichen sollen durch Bildung sämtliche Wege zur Entfaltung
34 der eigenen Fähigkeiten und der eigenen Persönlichkeit offen stehen.

36 **Die Sicherung des Existenzminimums ist eine Errungenschaft**

37 Wer Armut und Ausgrenzung fürchten muss, wen die Kosten von Krankheit oder Alter fesseln,
38 ist nicht frei. Zunächst muss der Einzelne selbst Vorsorge tragen. Liberale garantieren allerdings
39 denjenigen, deren Leistungsfähigkeit vorübergehend oder dauerhaft eingeschränkt ist und die
40 deshalb nicht oder nur teilweise durch eigene Anstrengungen ihr Leben sichern können, ein
41 würdiges Leben in der Mitte der Gesellschaft. Die Sicherung des Existenzminimums und die
42 solidarische Absicherung vor solchen Lebensrisiken, die der Einzelne nicht alleine tragen kann,
43 ist eine gesellschaftliche und zivilisatorische Errungenschaft, die wir nicht preisgeben werden.
44 Sie ist eine Säule der sozialen Marktwirtschaft, zu der wir uns klar bekennen. Diese Absiche-

1 rung von Lebensrisiken ermöglicht es ja gerade, auf dem Arbeitsmarkt etwas zu wagen. Richtig
2 organisierte soziale Sicherung fördert somit auch Innovation und Wachstum.

3 Mit dem liberalen Bürgergeld wollen wir deshalb die unzähligen staatlichen Transferleistungen
4 in ein faires und transparentes System zusammenführen: Das Finanzamt ermittelt dabei auf
5 Grundlage des erzielten Einkommens anhand nachvollziehbarer Kriterien, welcher individuelle
6 Anspruch besteht. Daraufhin wird das Bürgergeld an den Bedürftigen als „negative Steuer“
7 direkt ausgezahlt. So schafft das Bürgergeld eine stigmafremde Grundsicherung, die Menschen
8 aktiviert und zu Anstrengung ermutigt, statt sie ruhig zu stellen und zu entmutigen.

10 **Chancen auf Teilhabe statt Alimentierung**

11 Liberale wollen Chancen unabhängig von der sozialen Herkunft. Jede Erneuerung des Aufstiegs-
12 versprechens legitimiert die marktwirtschaftliche Ordnung. Die faire Chance auf den eigenen
13 Lebensraum muss von der Herkunft abgekoppelt werden. Wer einmal stürzt oder eine Chance
14 verpasst hat, verdient eine zweite Chance, seinen angestrebten Platz in der Gesellschaft errei-
15 chen zu können. Diese zweite Chance ergreifen muss jedoch jeder selbst. Wer die Teilhabe an
16 Arbeit und Wohlstand verloren hat, soll daher nicht dauerhaft alimentiert werden, sondern Hilfe
17 zu einer erneuten Chance auf Teilhabe erhalten.

19 **Ermutigender Sozialstaat**

20 Der ermutigende Sozialstaat ist deshalb der aktivierende, aufstiegsorientierte Sozialstaat. Unser
21 zentrales Instrument ist das liberale Bürgergeld, weil es individuelle Anstrengungen belohnt und
22 Bürokratie abbaut. Der ermutigende Sozialstaat baut Brücken in eine Erwerbsbiographie und
23 reißt bestehende Barrieren zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt ein. Er vertraut dabei
24 dem Einzelnen und bevormundet ihn nicht. Leistung muss sich für jeden lohnen. Doch wir
25 wollen nicht nur Erfolg und absolute Leistung honorieren, sondern auch die erkennbare eigene
26 Anstrengung.

27 Der Arbeitsmarkt steht vor einer doppelten Herausforderung: Auf der einen Seite steht der
28 wettbewerbsfähige Sektor, der unter Fachkräftemangel leidet, und auf der anderen Seite ver-
29 harrt ein abgekoppelter Bevölkerungsteil dauerhaft in Arbeitslosigkeit – schlecht qualifiziert und
30 von Arbeit entwöhnt. Angesichts einer solchen Entwicklung reicht eine gute Wirtschaftspolitik
31 nicht aus. Auch Qualifizierungsmaßnahmen stoßen im abgekoppelten Sektor an ihre Grenzen.
32 Deshalb gehört zum aktivierenden Sozialstaat ein auf bestimmte Zielgruppen begrenzter, aber
33 unbefristeter zweiter Arbeitsmarkt. Er belohnt Anstrengung und sichert gleichberechtigte Teil-
34 habe, statt auf Dauer zu alimentieren.

36 **Erneuerter Gesellschaftsvertrag zwischen den Generationen**

37 Der demografische Wandel verändert die Grundlagen unseres Gesellschaftsvertrags, wie er in
38 sozialen Sicherungssystemen und der Finanzierung von Infrastrukturen zum Ausdruck kommt.

39 Liberale sehen aber nicht nur die Nachteile der demographischen Entwicklung, wir wollen auch
40 ihre Möglichkeiten annehmen. Für jeden Einzelnen ergeben sich in diesem Prozess neue Frei-
41 heitsräume und ein Zugewinn an Lebenszeit. Das macht einen neuen Blick auf das Alter und das
42 Altern erforderlich. Die „neuen Alten“ sind heute geistig und körperlich länger fit. Sie wollen und
43 sollen sich aktiv einbringen. Wir engagieren uns daher gegen jede Form der Altersdiskriminie-
44 rung.

1 Gleichzeitg erfordert die Schrumpfung und Alterung unserer Gesellschaft Veränderungen, in
2 der Fläche des ländlichen Raumes ebenso wie in den Ballungszentren: Infrastruktur wird sich
3 nicht überall in der Form finanzieren und erhalten lassen, wie wir dies gewohnt sind. Sie muss in
4 Teilen dezentraler werden und dabei mobiler durch die Nutzung moderner Kommunikations-
5 technologien. Städte und ihre Infrastrukturen müssen entsprechend den Bedürfnissen älterer
6 Menschen weiterentwickelt werden.

7 Es müssen zudem endlich überfällige Entscheidungen getroffen werden, die unsere sozialen
8 Sicherungssysteme fair und zukunftssicher gestalten. Nicht generationengerecht finanzierte
9 soziale Sicherungssysteme können wir uns nicht länger leisten. Die Balance von Selbstvorsorge
10 und Solidarität muss an den Lebenschancen von Alten und Jungen neu ausgerichtet werden.
11 Jede Generation hat in Zukunft verstärkt kapitalgedeckte Eigenvorsorge zu betreiben. Die Risi-
12 ken der Finanzmärkte, der Inflation und der demografischen Veränderung müssen durch eine
13 jeweils abgestimmte Kombination von Vorsorgeformen begrenzt werden.

15 **Gesundheit und Pflege im demografischen Wandel**

16 Liberale Gesundheitspolitik orientiert sich am Patienten. Der Bürger kann in Eigenverantwor-
17 tung etwas für seine Gesundheit tun und die Versichertengemeinschaft übt Solidarität für die
18 großen Gesundheitsrisiken, die der Einzelne nicht tragen kann. In einer älter werdenden Gesell-
19 schaft wird die Prävention im Gesundheitswesen immer dringlicher. Erfolgreiche Prävention
20 kann die Gesundheit und damit auch Lebensqualität der Menschen verbessern und ist damit
21 auch eine Investition in die Zukunft. Entscheidend ist dabei, Anreize am Präventionsergebnis
22 auszurichten.

23 Freie Wahl des Arztes, des Krankenhauses, der Krankenversicherung und der Therapie bleiben
24 Merkmale eines freiheitlichen Gesundheitssystems. Im demographischen Wandel macht die
25 Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung in der Fläche und damit die Gewährleistung des
26 Zugangs zur qualifizierten Medizin auch neue Versorgungsformen wie Telemedizin und mobile
27 Angebote erforderlich. Wir werden mehr für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung
28 vorsorgen müssen. Auch der medizinische Fortschritt hat seinen Preis. Wir werden das nur
29 bezahlen können, wenn wir unser Gesundheitssystem im Wettbewerb zwischen den Anbietern
30 effizient ausgestalten und den Menschen auch mehr Entscheidungsfreiheiten über ihren Versi-
31 cherungsschutz und mehr Wahlmöglichkeiten im Gesundheitswesen geben.

32 Die heutige Umlagefinanzierung der Sozialversicherungen ist den demographischen Zukunfts-
33 herausforderungen nicht gewachsen. Wir brauchen deshalb mehr Kapitaldeckung. Dies betrifft
34 in besonderem Maße die soziale Pflegeversicherung, damit auch in Zukunft eine pflegerische
35 Versorgung möglich ist, die den Pflegebedürftigen ein Leben in Würde und in angemessener
36 Lebensqualität ermöglichen. Pflege muss daher den besonderen Betreuungsaufwand der De-
37 menz berücksichtigen. Die Menschen wollen bis ins hohe Alter in ihrem häuslichen und familiä-
38 ren Umfeld bleiben. Diese Selbstbestimmung gilt es zu erhalten. Der Vorrang der ambulanten
39 Versorgung ist auszubauen und insbesondere sind pflegende Angehörige zu unterstützen.

41 **Zusammen wachsen in der offenen Bürgergesellschaft**

42 Gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wollen wir mehr gesteuerte
43 Zuwanderung. Dafür wollen wir die Möglichkeiten einer aktiven und qualitativen Zuwanderungs-
44 politik nutzen und auf dem globalen Arbeitsmarkt konkret um kluge Köpfe werben. Wir sind seit
45 Jahrhunderten eine Zuwanderungsgesellschaft- Es ist daher eine Chance für uns alle, wenn

1 Migranten zu Bürgern werden. Wir schauen nicht zuerst darauf, woher jemand kommt, sondern
2 was er erreichen will. In einer globalisierten Welt zeigt sich die Attraktivität und Zukunftsfähig-
3 keit einer Gesellschaft zuverlässig daran, ob die Menschen zu- oder abwandern. Wir wollen,
4 dass Deutschland einen Leuchtturm für Zuwanderer aus aller Welt darstellt und so als Gesell-
5 schaft wächst und bereichert wird.

6 Wie von jedem anderen Bürger erwarten wir auch von Zuwanderern die Anerkennung unserer
7 Rechtsordnung, die Verantwortung für die eigene Bildung, für die eigene Emanzipation und für
8 den eigenen Lebensunterhalt. Voraussetzung dafür ist das Beherrschen der deutschen Sprache.
9 Sie ist der Schlüssel zu einem gesellschaftlichen Miteinander. Wir bekennen uns aber auch klar
10 dazu, dass dafür die entsprechenden Angebote sowie die Öffnung unserer Gesellschaft gegeben
11 sein müssen.

12 Wir wollen, dass Migranten zu Mitbürgern werden, ohne dass sie ihre kulturellen Wurzeln aufge-
13 ben müssen. Wir setzen uns ein für ein ganzheitliches Integrationskonzept, das den Herausfor-
14 derungen unserer Zeit entspricht und das Zusammenwachsen unserer Gesellschaft stärkt. Dazu
15 gehört auch die erweiterte Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft für Kinder von Auslän-
16 dern mit dauerndem Aufenthaltsrecht. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist die Vorausset-
17 zung für die Freiheit in einer offenen Bürgergesellschaft. Das ist das liberale Verständnis von
18 Integration, in dem der Ruf nach Assimilation keinen Platz hat.

21 **III.3 Souveräne Bürger durch den Rechtsstaat schützen**

23 **Freiheit braucht Rechtsstaat**

24 Die Freiheit der souveränen Bürger braucht Schutz. Dafür gibt es den liberalen Rechtsstaat. Er
25 ersetzt die Herrschaft des Stärkeren durch die Stärke des Rechts. Er sichert die durch die
26 Verfassung festgeschriebenen Menschen- und Bürgerrechte und setzt sie gegen Angriffe durch.
27 Seine Gesetze gelten für alle Menschen gleichermaßen, und ihre Durchsetzung muss eingeklagt
28 werden können. Seine Regeln sind fair und dienen der Gerechtigkeit, denn sie führen Freiheit
29 und Verantwortung im Handeln zusammen. Dadurch ermöglicht der liberale Rechtsstaat eine
30 Gesellschaft der Gleichfreien und Gleichberechtigten.

31 Der liberale Rechtsstaat schützt vor Zwang und gewährleistet Sicherheit für die freie Entfaltung
32 jedes Bürgers. Innerhalb der republikanischen Werteordnung des Grundgesetzes stiftet er
33 Identifikation und ermöglicht durch Teilhabe- und Gestaltungsrechte die gesellschaftliche Ent-
34 wicklung zu einer offenen Gesellschaft freier und souveräner Bürger. Ihnen gegenüber hat der
35 liberale Rechtsstaat eine dienende Funktion: für Freiheit, Selbstentfaltung, Fairness, Lebens-
36 chancen und menschliches sowie gesellschaftliches Wachstum.

38 **Privatsphäre und Freiheit von Zwang**

39 Die menschliche Würde verpflichtet den Staat und jeden Einzelnen auf die Unantastbarkeit des
40 Intimen und Privaten. Die Intimsphäre ist der Bereich persönlicher Vertrautheit jedes Men-
41 schen. Unter Privatheit verstehen Liberale das Recht, den Kernbereich der privaten Lebensges-
42 taltung vor fremden Augen und Ohren zu schützen – oder aber auf ihren Schutz zu verzichten.
43 Die Grundrechte sind Abwehrrechte, die gegenüber staatlichem, aber auch privatem und unter-
44 nehmerischem Handeln eine starke Schutzmauer für die Freiheit errichten.

1 Diese Schutzmauer wollen Liberale nicht allein durch ein starkes Bundesverfassungsgericht
2 gesichert wissen. Für die FDP ist die Achtung der Grundrechte immer auch eine politische
3 Entscheidung. Wir wollen Grundrechte schützen, weil dies für uns Liberale eine historische und
4 normative Verpflichtung ist – nicht um des bloßen Schützens willen. Deshalb ist für uns auch
5 klar, dass nicht jeder Grenze, die das Bundesverfassungsgericht zulässt, bis ins letzte ausge-
6 schöpft werden sollte. Wo Grundrechte eingeschränkt werden, sollten die Einschränkungen
7 regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hin überprüft werden.
8

9 **Bürgerrechte in der digitalen Welt**

10 Wir Liberale sind überzeugt, dass es auch im digitalen Raum des Schutzes der Privatsphäre und
11 der Souveränität über die eigenen Daten bedarf. Die totale Verdattung eines Menschen ist
12 unzulässig, sie widerspricht dem liberalen Menschenbild ebenso wie unserer Verfassung. Natio-
13 nale Grenzen verwischen im digitalen Raum. Das erschwert die Durchsetzung des Rechts auf
14 informationelle Selbstbestimmung und das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit
15 und Integrität informationstechnischer Systeme. Hier sind wirksame internationale Lösungen
16 dringend gefragt.

17 Wir setzen uns daher leidenschaftlich für den Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten
18 ein – auch und gerade im Internet und der vernetzten, digitalen Welt. In der digitalen Gesell-
19 schaft muss die Balance zwischen Datenschutz und Kommunikationsfreiheit immer wieder
20 kritisch hinterfragt und stets aufs Neue austariert werden. Nur wer in der Lage ist, Chancen und
21 Risiken zu erkennen, sie zu bewerten und sein Handeln danach auszurichten, wird sich in die
22 digitale Gesellschaft einbringen können. Er kann sein Leben selbstbestimmt gestalten und das
23 für ihn richtige Maß zwischen Öffentlichkeit und Privatheit im digitalen Raum selbst definieren
24 und durchsetzen. Die Menschen zu dieser Leistung zu befähigen, ist für liberale Politik das
25 oberste Ziel. Denn Medienkompetenz ist die Grundlage für den Schutz der Privatsphäre im
26 digitalen Raum.
27

28 **Freiheit braucht Sicherheit – Sicherheit braucht Freiheit**

29 Der Rechtsstaat gewährleistet die Sicherheit der Bürger, weil Sicherheit von äußerem Zwang
30 und Gewalt frei macht. Als Friedens- und Ordnungsmacht tritt der Rechtsstaat Gefahren für
31 Leib, Leben und Freiheit der Menschen entgegen. Dabei darf aber die Sicherung der Freiheit nie
32 wichtiger sein als die Freiheit selbst. Einschränkungen der Freiheit, die im Namen der Sicherheit
33 vorgenommen werden, müssen deshalb maßvoll gestaltet werden und so wenig eingriffsintensiv
34 wie möglich sein. Dafür wollen wir so wenig Staat wie möglich. Die freie Entfaltung darf jedoch
35 nicht durch Schutz- und Chancenlosigkeit gefährdet werden. Deshalb wollen wir soviel Staat
36 wie nötig. Liberale streben einen besseren, weil effektiven und dienenden Staat an.
37

38 **Privates Eigentum schützen**

39 Freiheit braucht Eigentum, denn Eigentum schafft Freiheit. Eigentum ist aber kein Selbstzweck,
40 sondern vielmehr Mittel zum Zweck. Es wahrt und maximiert bürgerliche Freiheit. Der Grad an
41 Freiheit einer Gesellschaft entscheidet sich auch daran, wie frei der Bürger über sich selbst und
42 sein Eigentum verfügen kann. Deshalb garantiert unsere freiheitliche Verfassung das Bürger-
43 recht auf Eigentum auch und gerade gegenüber Akten staatlicher Willkür und gesellschaftlicher
44 Übermacht. Dieses Recht darf auch nicht über Umwege ausgehebelt werden. Eine Besteuerung,
45 die nicht nur auf Einkommen, Gewinne und Erträge abzielt, sondern auf die hart erarbeitete

1 Substanz von privatem oder unternehmerischem Vermögen, verbietet sich deshalb. Gleichzeitig
2 verpflichtet das Recht auf Eigentum den Staat, eine dynamische Eigentumsordnung zu schaffen.
3 Diese gewährleistet zwar allen Bürgern Chancen, Eigentum zu schaffen, trägt aber nicht dazu
4 bei, Eigentumsunterschiede über Generationen hinaus zu zementieren.
5

6 **Geistiges Eigentum muss geschützt, seine Nutzung möglich sein**

7 Liberale begreifen auch die Ergebnisse geistiger Schaffenskraft als Eigentum. Geistiges Eigen-
8 tum steht unter dem Schutz unserer Rechtsordnung und sichert kulturelle Vielfalt. Dennoch darf
9 der Schutz des geistigen Eigentums die Verbreitung und Nutzung von Wissen nicht unnötig
10 behindern. Es gilt, einen Kompromiss zu finden zwischen dem Recht, das Produkt eigener
11 Arbeit, Intelligenz und künstlerischer Leistung vor Zugriffen anderer zu schützen und wirtschaft-
12 lich nutzen zu können, und dem Recht, zu vertretbaren Bedingungen mit dem geistigen Eigen-
13 tum anderer zu arbeiten und daraus wiederum Neues zu schaffen. Aus liberaler Sicht muss
14 stets geprüft werden, ob der Schutz des Eigentumsrechts andere in ihrer Innovationskraft
15 unvertretbar einschränkt, den Wettbewerb behindert oder zu humanitären Konsequenzen führt.
16 Ein Unternehmer, der mit hohen Risiken in neue Technologien und deren Marktreife investiert,
17 hat zugleich auch Anspruch auf eine angemessene Verzinsung. Die bestehende Rechtsunsich-
18 erheit in einer digitalisierten Welt gilt es durch ein modernes Urheberrecht zu ersetzen, das
19 den Interessenausgleich zwischen Rechteinhabern und Nutzern fair gestaltet und den Zugang zu
20 Wissen und Innovationen ermöglicht.
21

22 **Bürgersouveränität gewährleisten**

23 Nur in einer freien Gesellschaft ist es möglich, dass sich die Menschen ihren Interessen, Fähig-
24 keiten und Neigungen entsprechend entfalten und sich am Gemeinwesen beteiligen können.
25 Die Grundrechte schützen die freie Gesellschaft. In ihr können die Menschen offen ihre Mei-
26 nung äußern, sich informieren und ihren Glauben leben, sie können sich in Gewerkschaften und
27 Vereinen zusammenschließen oder sich in Parteien beteiligen, sie können für ihre Belange
28 demonstrieren und vieles mehr, ohne dabei Repressionen fürchten zu müssen.

29 Für Liberale ist es daher unabdingbar, dass Freiheitsrechte nicht ausgehöhlt werden: Die Dy-
30 namik einer vielfältigen Gesellschaft muss sich entfalten können. Teilhabe an der Gesellschaft
31 muss gewährleistet sein, denn liberale Demokratie lebt von der Mitwirkung der Menschen. Je
32 mehr die Bürger sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen, desto demokratischer ist
33 der Staat. Deshalb werden wir jede Chance nutzen, um durch neue Medien ebenso wie durch
34 eine neue Offenheit den Dialog und das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen.
35 Der Staat ist nicht Vormund der Bürger, sondern ihr Diener zur Gestaltung und Sicherung der
36 offenen Bürgergesellschaft.
37

38 **Religion, Staat und Republik**

39 Zur Freiheit gehört die Suche nach dem Sinn und den Werten des eigenen Lebens. Religion und
40 Weltanschauungen können helfen, eine für den Einzelnen stimmige und sinnvolle Einordnung
41 ins Weltganze zu finden. Der liberale Verfassungsstaat steht deshalb nicht im Wettbewerb zu
42 Religionen. Im Verhältnis zu den einzelnen Religionen muss der Staat neutral bleiben. Nur ein
43 weltanschaulich offenes Recht kann ein wirksames Instrument zur Befriedung und Versöhnung
44 in einer multireligiös geprägten Gesellschaft sein. Solange christlicher Religionsunterricht erteilt
45 wird, muss auch islamischer Religionsunterricht möglich sein. Die republikanische Werteord-

1 nung des Grundgesetzes ist ein Identifikationsangebot für alle Bürger, ganz gleich welcher
2 religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung sie anhängen. Kern der republikanischen Wer-
3 teordnung sind die Grundrechte des Grundgesetzes. Eine besondere Herausforderung wird
4 dabei die Fortentwicklung des Staatskirchenrechts sein. Es muss zu einem liberalen Religions-
5 verfassungsrecht werden, das alle Religionen erfasst.

8 **III.4 Selbstbestimmung in der offenen Bürgergesellschaft und Demokratie**

10 **Selbstorganisation in der offenen Bürgergesellschaft – Selbstregierung in der** 11 **Demokratie**

12 Individuelle Selbstbestimmung und Verantwortung führen zu politischer Mitbestimmung und
13 Mitverantwortung. Deshalb ist der Grundgedanke der politischen Freiheitsordnung die Selbst-
14 bestimmung souveräner Bürger, die eine gemeinsame Republik bilden. Die Voraussetzung dafür
15 ist der Rechtsstaat. Er gewährleistet politische Freiheit, Gleichheit und Gewaltenteilung und
16 sorgt für Rechtssicherheit. Der Grundsatz der Demokratie ist die Selbstregierung freier Bürger
17 mit gleichen Rechten – für die Bürger und durch die Bürger. Die unterschiedlichen Ämter und
18 Rollen der parlamentarischen Demokratie stehen allen Bürgern offen. Macht wird auf Zeit
19 verliehen. Die Parteien wirken an der Willensbildung lediglich mit, ohne sie je zu ersetzen.
20 Demokratie lebt vom öffentlichen Diskurs und dem selbstorganisierten Engagement der Bürger
21 in Parteien und in einer lebendigen, offenen Bürgergesellschaft. In der digitalen Wissensgesell-
22 schaft jedoch müssen die Formen und Foren der selbstbestimmten Mitwirkung experimentell
23 und vertrauensvoll weiterentwickelt werden. Hier sind vor allem die Parteien der repräsentati-
24 ven Demokratie besonders gefordert.

26 **Föderalismus heißt Einheit in Vielfalt**

27 Liberale Prinzipien für eine vertiefte Integration Europas sind Bürgersouveränität, Subsidiarität
28 und demokratische Kontrolle. Die europäische Einigung muss konsequent der Freiheit der
29 europäischen Bürger dienen. Wir wollen den lebendigen Föderalismus auf allen Ebenen zwi-
30 schen Kommunen und Bund um föderative Elemente in Europa ergänzen. Gleichzeitig wollen wir
31 das Vertrauen der Bürger in die europäische Einigung fördern. Dazu ist eine intensivere demo-
32 kratische Kontrolle durch die Parlamente ebenso nötig wie eine Stärkung der kommunalen und
33 stadtregionalen Ebenen.

34 Eine Stärkung des Föderalismus in Deutschland braucht aber auch transparentere Entschei-
35 dungswege und klare Verantwortlichkeiten. Politische Verschränkungen sollten behutsam
36 bereinigt werden. Hinzu kommt, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern klarer
37 strukturiert werden müssen. Langfristiges Ziel sollte es sein, zwischen Bundes- und Landes-
38 steuern klar zu trennen und schließlich die Gemeinschaftssteuern einvernehmlich abzuschaffen.
39 Gleichzeitig wird in der Verfassung ein echtes Konnexitätsprinzip gebraucht: Gemeinden dürfen
40 von Bund oder Ländern nur noch mit zusätzlichen Aufgaben betraut werden, wenn die Finanzie-
41 rung durch den Gesetzgeber gewährleistet ist. Schließlich muss gelten: Wer bestellt, der be-
42 zahlt.

1 **Subsidiarität ist ein Auftrag zu Bürgernähe und Dezentralisierung**

2 Politische Entscheidungen müssen bürgernah getroffen werden. Legitimität und Akzeptanz
3 entstehen durch faire und transparente Verfahren, die die Beteiligung an der Willensbildung mit
4 einer effektiven Regierung vereinen. Bürgersouveränität heißt, dass die selbstorganisierte
5 Problemlösung der Bürger in der offenen Bürgergesellschaft Vorrang vor staatlichen Lösungen
6 hat. Subsidiarität heißt, dass die jeweils höhere Entscheidungsebene nur regeln darf, was die
7 unter ihr liegende Ebene nicht besser regeln kann. Dieses Prinzip der Subsidiarität ist für uns
8 nicht nur ein Ordnungsprinzip, es ist gleichzeitig ein Gestaltungsauftrag zur Dezentralisierung,
9 wo immer sie möglich ist. Dies gilt auch für die Verteilung der Kompetenzen zwischen der EU
10 und ihren Mitgliedsstaaten. Wie sich diese Kompetenzverteilung im Einzelnen darstellt, muss
11 immer wieder neu bestimmt werden.

13 **Für eine neue Balance zwischen Bürger und Staat**

14 Offene Gesellschaften sind zugleich vernetzte, komplexe Gesellschaften. Der Politikstil der
15 zentralen Steuerung greift immer weniger. Stattdessen gewinnen neue Formen demokratischer
16 Selbststeuerung an Bedeutung. Die Allzuständigkeit für gesellschaftliche Problemlösungen
17 überfordert Verwaltung und Staatshaushalt. Der Staat stößt an die Grenzen seiner Leistungs-fä-
18 higkeit. Gleichzeitig eröffnet die Wissensgesellschaft den Bürgern neue Formen und Chancen
19 politischer Teilhabe. Was wir brauchen, ist eine neue Arbeitsteilung zwischen Staat, Markt,
20 Einzelem und Bürgergesellschaft.

21 Die Regierungen stehen nun vor der großen Herausforderung, die schlechten Gewohnheiten der
22 Gefälligkeitspolitik zu beenden und die Staatskassen zu entschulden. Beides muss mit demo-
23 kratischer Akzeptanz und führungsstarker Reformfähigkeit verbunden sein. Rechtsstaat, politi-
24 sche Beteiligung und wirksame Regierung brauchen heute eine neue Balance, damit das Ver-
25 trauen in die Demokratie gewahrt wird.

26 Demokratische Prozesse brauchen Zeit. Deshalb wollen wir Parlamente und moderne Partizipa-
27 tion in den Parteien stärken. Dafür wollen wir neue Technologien nutzen und unsere Anhänger-
28 schaft stärker einbinden, etwa durch Versuche mit Vorwahlmodellen. Wir Liberale sehen unsere
29 Partei in der Pflicht, bei der Einbindung von Bürgern Vorreiter zu sein. Gleichzeitig wollen wir
30 Erfahrung mit mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung sammeln. So sichern wir demo-
31 kratische Regierungsfähigkeit für die Zukunft.

33 **Liberale Tugenden**

34 Liberale setzen auf Bürger, die ihre Freiheit verantwortlich gebrauchen. Sie achten einander als
35 freie und gleichberechtigte Bürger einer gemeinsamen und fair geordneten Republik. Wo die
36 Entfaltung des eigenen Lebens über die Privatsphäre hinaus der Mitwelt, Umwelt und Nachwelt
37 schadet, muss sie öffentlich verantwortet werden.

38 Die bürgerliche Tugend der Toleranz erfordert einerseits die Geduld, unbequeme Meinungen
39 und politische Programme auszuhalten und andererseits den Mut und das Selbstvertrauen,
40 eigene Meinungen in offenen Auseinandersetzungen sachlich, aufrichtig und entschieden zu
41 vertreten. Liberale stehen für Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt ein. Meinungsfreiheit räumt
42 aber niemals das Recht ein, unwidersprochen zu bleiben. Denunziation hingegen beschädigt die
43 gemeinsame Republik. Toleranz findet ihre Grenze im Nicht-Tolerierbaren. Dazu gehören Dis-

1 kriminierung, Gewalt und Fremdenhass. Sie bedrohen die Freiheit als Ganzes und die Grundla-
2 gen des sozialen Friedens.

3 Die Tugend der Solidarität zeigt sich in sozialer Verantwortung. Sie setzt Selbstverantwortung
4 voraus, übt sich in Rücksicht auf Andere und vollendet sich in der Sorge um die fairen Chancen
5 der Anderen. Wer die soziale Verantwortung vernachlässigt, schädigt das freiheitliche Miteinander
6 und seine Ordnungen und damit die Freiheit aller Anderen.

8 **Die offene Bürgergesellschaft ist das umfassende Projekt der Freiheit**

9 Die offene Bürgergesellschaft souveräner Bürger ist ein historisches, ökonomisches, soziales,
10 ökologisches und kulturelles Projekt, für das eine liberale Partei im Parlament die Vorausset-
11 zungen schafft. Wir wissen seit jeher, dass freie Gesellschaften nur dann dauerhaft Bestand
12 haben, wenn die freie Entfaltung des Einzelnen immer wieder gefördert wird. Denn die freie
13 Entfaltung des Einzelnen bildet die Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung. Jeder, der
14 dazu beiträgt, die Potentiale der individuellen Entfaltung zu verbessern – ob im täglichen Leben,
15 der Zivilgesellschaft, in Wirtschaft oder Politik – ist in kulturellem Sinne Träger eines liberalen
16 Projekts.

18 **Selbstorganisation und Entstaatlichung der aktiven Bürgergesellschaft**

19 Im Miteinander freier Bürger entsteht die aktive Bürgergesellschaft. Sie ist geprägt durch die
20 Selbstorganisation von Bürgern in Vereinen, im Sport, in Bürgerinitiativen, Unternehmen,
21 Gewerkschaften, Parteien, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften, Stiftungen und
22 vielen anderen Formen des Miteinanders. Die aktive Bürgergesellschaft lebt vom millionenfachen
23 Einsatz ehrenamtlich und gemeinnützig tätiger Menschen, ohne den unser Land ärmer und
24 kälter wäre. Im Unterschied zu anderen Gesellschaften werden Engagement und Kraft der
25 Gesellschaft in Deutschland systematisch unterschätzt, bürokratisiert und damit im Ergebnis an
26 den Rand gedrängt. Die Freien Demokraten dagegen wollen das private Engagement und die
27 Selbstorganisation der Bürger nicht durch den Staat behindern oder gar verdrängen, sondern
28 fördern und wertschätzen: Wo immer es private Initiativen gibt, räumen wir ihnen den Vorrang
29 vor dem Staat ein. Wo sie noch nicht existieren, fördern wir ihr Entstehen.

31 **Liberaler Kulturpolitik sichert das Wachstum kreativen kulturellen Engagements**

32 Die offene Bürgergesellschaft drückt sich auch in liberaler Kulturpolitik aus, die zu den wichtigs-
33 ten Aktionsfeldern liberaler Politikgestaltung gehört. Die Kultur einer Gesellschaft ist zugleich
34 ihr Nährboden und Spiegel. Dabei geht jedoch die Gestaltung von Kultur nach liberalem Ver-
35 ständnis von den Bürgerinnen und Bürgern aus. Daher muss die Kulturhoheit bei den Bürgern
36 liegen. Ihr kreatives und kulturelles Engagement zu ermöglichen, ist unser Ziel. Liberale Kultur-
37 politik bildet eine Querschnittsaufgabe von hoher Priorität. Sie fördert die Auseinandersetzung
38 mit dem kulturellen Erbe und den künstlerischen Ausdrucksformen unserer Zeit ebenso wie die
39 selbstbestimmte Entfaltung von Kreativität und das bürgerschaftliche Engagement in kulturellen
40 Zusammenhängen. Liberale Kulturpolitik widmet dem Engagement in Zeit und Geld sowie der
41 Kultur- und Kreativwirtschaft hohe Aufmerksamkeit. Sie erkennt an, dass dies die wesentlichen
42 Träger kultureller Aktivität sind.

1 **Offene Bürgergesellschaft im digitalen Wandel**

2 Die zunehmende Digitalisierung schafft nie gekannte Räume zur Persönlichkeitsentfaltung, für
3 bürgerschaftliche Kreativität, Kritik und Kooperation. Es entstehen neue Öffentlichkeiten und
4 neue Plattformen für gegenseitiges Lernen. Zudem eröffnen sich neue Formen der Interaktion
5 und Partizipation. Die Hürden zur Artikulation von Interessen und für die Organisation von
6 gemeinschaftlicher Interessenwahrnehmung und Artikulation sind gesunken. Neue Möglichkei-
7 ten gesellschaftlicher und politischer Partizipation sind entstanden. Diese Chancen der digitalen
8 Gesellschaft für vernetzte politische Problemlösung wollen wir nutzen. Aus dem großen Ge-
9 spräch der Demokratie können die vielen Experimente einer lernenden Gesellschaft werden.

12 **III.5 Die Soziale Marktwirtschaft als Chancenordnung für Wachstum und** 13 **Wohlstand**

15 **Marktwirtschaft ist eine Werteordnung, die Wachstum schafft und Chancen eröffnet**

16 Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Werteordnung, die sich an Nachhaltigkeit und Verantwor-
17 tung orientiert. Sie achtet die Regeln des Wettbewerbs und einer freien Wirtschaft und verwirk-
18 licht gleichzeitig ein soziales und ethisches Ordnungswollen. Eine Verbindung, in der seit jeher
19 ihre besondere Stärke liegt. In dieser Verbindung liegt seit jeher ihre besondere Stärke. Die
20 Soziale Marktwirtschaft ist das Konzept einer offenen, zukunftsgerichteten und freiheitlichen
21 Gesellschaft, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Die Soziale Marktwirtschaft eröffnet
22 jedem einzelnen Menschen die Chance, mit eigener Arbeit und Anstrengung an materiellem
23 Wohlstand teilzuhaben und Eigentum zu erwerben. Jeder soll seine Ideen entfalten und von
24 seiner eigenen Arbeitskraft leben können. Die Soziale Marktwirtschaft verknüpft Transparenz
25 und Wettbewerb mit der Haftung für Eigentum und Verluste. Der Wettbewerb fördert die stetige
26 Suche nach effizienteren Lösungen und besseren Produkten. Er verhindert Machtkonzentration
27 und sorgt für eine Kontrolle der Kosten, für wirtschaftliche Dynamik und die Schaffung von
28 Arbeitsplätzen. Wettbewerb verteilt den Gewinn nach Leistung und schafft weltweiten
29 Wohlstand und Stabilität. Doch dafür braucht das Marktgeschehen eine effektive Regulierung.

31 **Der Staat ist Schiedsrichter des Marktes, nicht Mitspieler**

32 Das Marktgeschehen wird durch die staatliche Rahmenordnung reguliert. Ihre Regeln müssen
33 für alle gleich gelten. Die Herrschaft des Rechts schützt zwar die Freiheit des Einzelnen im
34 Markt, nicht aber die Freiheit des Marktes oder marktbeherrschender Unternehmen. Sie zielt
35 vielmehr darauf ab, Macht zu brechen und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Der Staat
36 ist Schiedsrichter, nicht Mitspieler. Staatsunternehmen verzerren den Wettbewerb. Wo Banken,
37 Fonds oder Unternehmen gar "systemrelevant" sind, können sie für die Soziale Marktwirtschaft
38 bedrohlich werden. Unbegrenzte Existenzgarantien für Marktteilnehmer führen zu Verantwor-
39 tungslosigkeit und behindern die Selbstregulierung des Marktes.

41 **Das Prinzip der Haftung und die Bildung von Eigentum verpflichten zur Wahrnehmung** 42 **von Verantwortung**

43 Geistiges und materielles Eigentum sind Ausdruck und Ergebnis der individuellen Schaffens-
44 kraft, die zur Pflege verpflichten und zur Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben motivieren. Für

1 die FDP ist der Erwerb von Eigentum eine Möglichkeit, Mitverantwortung für die Welt zu über-
2 nehmen.

3 Eigentum macht unabhängig und ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb
4 wollen wir eine Gesellschaft von Eigentümern und deshalb wird Eigentum durch unsere Verfas-
5 sung geschützt. Eigentum stellt aber auch eine Verpflichtung zu seiner Pflege und zu einem
6 verantwortungsbewussten Verhalten dar. Eigentum verpflichtet. Dass der Gebrauch des Eigen-
7 tums dem Wohl der Allgemeinheit dient, wird in der Sozialen Marktwirtschaft vor allem durch
8 das Prinzip des Wettbewerbs und der Haftung sichergestellt. Nur wo der Wettbewerb um das
9 beste Angebot stattfindet, dient der Gebrauch des Eigentums in erster Linie den Interessen der
10 Verbraucher. Und nur wo der Grundsatz gilt, dass, wer den Nutzen hat, auch den Schaden
11 tragen muss, ist gewährleistet, dass individuelle Fehlentscheidungen am Ende nicht auf Kosten
12 der Gesellschaft gehen. Der Schutz des Eigentums, die Durchsetzung und Erhaltung von Wett-
13 bewerb sowie der Grundsatz individueller Haftung sind deshalb in der Sozialen Marktwirtschaft
14 untrennbar miteinander verbunden. Diesen Prinzipien sind wir Liberalen uneingeschränkt ver-
15 pflichtet.

17 **Verantwortung am Markt: Mündige Verbraucher, ehrbare Kaufleute, selbstbestimmte** 18 **Arbeitnehmer**

19 Im Geist der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir die Bürger nicht vom Markt abschirmen.
20 Vielmehr wollen wir, dass der mündige und eigenverantwortliche Verbraucher, selbstbestimmt
21 am Markt entscheidet. Ein aufgeklärter Verbraucher ist der beste Garant, um die produktiven
22 und innovativen Energien von Wettbewerb und Wachstum freizusetzen. Wir trauen den Men-
23 schen etwas zu, deshalb überlassen wir die Verantwortung für den eigenen Konsum bewusst
24 dem Bürger selbst. Voraussetzung dafür sind bessere und umfassende Informationen und mehr
25 Wissen über Produkte.

26 Dieses Prinzip der Eigenverantwortung und der Verantwortlichkeit gilt selbstverständlich auch
27 für die Wirtschaft – in der Industrie und im Mittelstand, in der Landwirtschaft ebenso wie im
28 Dienstleistungs- und Finanzsektor. Die soziale Marktwirtschaft lebt gleichermaßen von Unter-
29 nehmergeist und Arbeitnehmern, die sich in ihr Unternehmen einbringen. Menschen, die sich
30 für die Freiheit der Selbstständigkeit entscheiden, bereichern unserer Gesellschaft mit Kreativ-
31 tät und Innovation. Und auch wenn Unternehmen in erster Linie für den finanziellen Gewinn
32 arbeiten, erwarten wir von ihnen, dass sie sich nicht nur als Unternehmen, sondern gleichzeitig
33 als „gute Mitbürger“ begreifen, die sich um gesellschaftliche Akzeptanz bemühen. Größere
34 Investitionen erfordern ein konstruktives Klima und einen gesellschaftlichen Konsens, dazu
35 brauchen wir den Dialog mit der Öffentlichkeit.

36 Wir erwarten von Unternehmern, dass sie nach dem Vorbild ehrbarer Kaufleute langfristige
37 Verantwortung für den Unternehmenswert und das Wohl von Mitarbeitern und Vertragspartnern
38 übernehmen. Die Sorge um die Belange der Belegschaft sollte Vorrang vor der kurzfristigen
39 Maximierung persönlicher Boni haben. Die Arbeitnehmer sollen als Partner an Entscheidungen
40 und Gewinnen beteiligt werden. Jeder Arbeitnehmer ist dabei selbst dafür verantwortlich, sich
41 um die eigene Weiterbildung zu bemühen und entsprechende Unterstützungsangebote in An-
42 spruch zu nehmen. Die Arbeitgeber wiederum sind aufgefordert, hierzu die entsprechenden
43 Freiräume schaffen. Denn Weiterbildung ist die beste persönliche Absicherung gegen Arbeitslo-
44 sigkeit.

1 **Faire Teilhabe am Wohlstand entsteht aus Leistung und Wettbewerb**

2 Fairness bestimmt unsere Vorstellungen zur Teilhabe am Wohlstand. Wir setzen dabei in erster
3 Linie auf das Bekenntnis zum Wettbewerbs- und Leistungsprinzip. Es verhindert, dass gesell-
4 schaftliche Positionen nach Herkunft, Gesinnung oder Geschlecht vergeben werden. Das ist
5 unser Aufstiegsversprechen.

6 Wir Liberale wollen, dass jeder und jede die Chance erhält, sich und seine Fähigkeiten entfalten
7 zu können. Wo äußere Umstände diese Chance verwehren, ist unser Ideal einer freien Gesell-
8 schaft noch nicht verwirklicht. Dies gilt zum Beispiel immer noch für die beruflichen Chancen
9 von Frauen, die Beschäftigung von Älteren und die Integration von Menschen mit Zuwande-
10 rungsgeschichte. Hier ist auch die Politik aufgefordert, weitere Chancen zur Selbstbestimmung
11 zu schaffen – etwa durch Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote, durch unterstüt-
12 zende und fördernde Maßnahmen sowie durch vorbildliches Verhalten und politische Führung.

14 **Erneuerung der Wirtschaftsordnung für eine streitbare und wehrhafte Marktwirtschaft**

15 Unsere Soziale Marktwirtschaft ist einerseits von innen bedroht, wenn die Tugenden der ehrli-
16 chen Kaufleute gering geschätzt, wenn die Folgen privater Risiken vom Staat übernommen,
17 wenn die Komplexität unüberschaubar und einzelne Akteure zu machtvoll werden. Hier gilt es,
18 die Regeln der Wirtschaft zu erneuern. Die Soziale Marktwirtschaft ist aber auch von außen
19 bedroht – durch jene nämlich, die im Windschatten akuter Krisen die Marktwirtschaft als Man-
20 chester-Kapitalismus diffamieren. Liberale setzen deshalb auf eine streitbare und wehrhafte
21 Marktwirtschaft, die sich gegen solche inneren und äußeren Gefährdungen verteidigt. Der Staat
22 als Ordnungsmacht muss Risiken durch Haftung und Marktmacht durch funktionierenden
23 Wettbewerb begrenzen. Dann erhält unsere Wirtschaftsordnung neue Akzeptanz.

25 **Die wehrhafte Marktwirtschaft braucht besser regulierte Finanzmärkte**

26 Mangelhafte Regulierung, unverantwortliches Handeln und staatliche Schuldenmacherei haben
27 die Krise der Finanzmärkte und des Euro ausgelöst. Dabei war eines der zentralen Prinzipien der
28 Sozialen Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt: der Zusammenhang von Eigentum und Haftung.
29 So stellen wir uns den fairen und geordneten Wettbewerb der Sozialen Marktwirtschaft nicht
30 vor. Keine Bank und kein Unternehmen darf so relevant werden, dass bei einer Pleite ein Land
31 oder gar die Weltwirtschaft in eine Krise stürzt. Kein Staat darf sich so hoch verschulden, dass
32 er abhängig von Spekulationen an den Finanzmärkten wird.

33 Wir Liberale wollen das Auseinanderdriften Real- und Finanzwirtschaft stoppen und sie statt-
34 dessen wieder zusammenführen. Zu diesen zentralen Herausforderungen der nächsten Jahr-
35 zehnte gibt nur der Gestaltungsanspruch der Liberalen funktionierende Antworten. Uns geht es
36 darum, den Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft wieder in den Mittelpunkt der Fi-
37 nanzmärkte zu stellen und Schulden zu begrenzen. Wir wollen aus unseren Schulden heraus
38 wachsen.

40 **Die streitbare Marktwirtschaft stärkt Realwirtschaft und Mittelstand**

41 Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. Die Finanz- und Bankenkrise
42 wurde zwar unmittelbar durch staatliche Hilfen eingedämmt, wird auf Dauer aber erst durch das
43 starke Wachstum der Realwirtschaft aufgefangen. Mit Pioniersinn und Patriotismus, Mut und
44 Kreativität, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsgefühl hat der Mittelstand unser Land

1 einst wieder aufgebaut und so das deutsche Wirtschaftswunder möglich gemacht. Die FDP will
2 diese mittelständischen Tugenden stärken. Dazu brauchen wir Maßnahmen zur Sicherung des
3 Fachkräftebedarfs und mehr Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt.

4 Wir wollen dabei ausdrücklich nicht einzelne Unternehmensgruppen bevorzugen, sondern das
5 gesamte wirtschaftliche Herz unseres Landes beleben. In diesem Sinne wollen wir auch bei
6 großen Konzernen die Rolle der Eigentümer und Aktionäre gegenüber dem Management stär-
7 ken. Denn starke Eigentümer sind, da sie mit ihrem eigenen Kapital unmittelbar für die Risiken
8 des Unternehmens haften, seit jeher die beste Aufsicht für das angestellte Management.

9 10 **Politik auf Pump beenden: Von der Schuldenbremse zur Schuldenfreiheit**

11 Gefälligkeitspolitik, die heute verspricht, was morgen teuer bezahlt werden muss, hat den Staat
12 in die Abhängigkeit von Finanzmärkten geführt. Das steht den Prinzipien der Generationenge-
13 rechtigkeit und der Bürgersouveränität entgegen, die für uns auch Gebote zur fiskalpolitischen
14 Disziplin sind. Staaten, die mehr ausgeben als sie einnehmen, sind auf dem langsamen, aber
15 unausweichlichen Weg in den Bankrott.

16 Wir Liberale wollen einen finanziell gesunden Staat, der nachhaltigem Wirtschaften verpflichtet
17 ist. Die Politik darf nicht schneller und mehr verteilen, als die Bürger zu erwirtschaften in der
18 Lage sind. Deswegen haben wir für die Einführung der Schuldenbremse gekämpft. Den Gedan-
19 ken der Schuldenbremse wollen wir auch zur langfristigen Generationenbilanzierung ausdehnen:
20 Neue Staatsaufgaben dürfen nur beschlossen werden, wenn ihre Finanzierung auch langfristig
21 gesichert ist. Gleichzeitig wollen wir durch wirtschaftliches Wachstum dafür Sorge tragen, dass
22 der Staatshaushalt weiter gesundet und wir aus unseren Schulden heraus wachsen können.
23 Aber auch für die Belastung gegenwärtiger Steuerzahler halten wir Liberale eine Leitplanke für
24 erforderlich. Die Belastung durch direkte Steuern sollte niemals mehr als 50 Prozent betragen.
25 Dieses Prinzip der Halbteilung sollte verfassungsrechtlich ausdrücklich geregelt werden. Im
26 Steuersystem entscheidet sich das Verhältnis von staatlicher Steuerung und privater Eigenver-
27 antwortung. Wir setzen auf Wachstum und Ausgabendisziplin statt auf immer höhere Steuern
28 und Abgaben zu Lasten der Mitte unserer Gesellschaft.

29 30 **Globalisierung als Chance begreifen**

31 Die Globalisierung prägt alle Teile unserer Gesellschaft. Dadurch werden national geprägte
32 Gesellschaften nach und nach zu offenen Gesellschaften, in denen Weltgemeinschaft erfahrbar
33 wird. Die Globalisierung schafft weit mehr Chancen als Risiken. Diese Chancen gilt es zu nutzen
34 und freiheitlich zu gestalten. Toleranz und Internationalität in unserer Gesellschaft wollen wir
35 deshalb weiter stärken – auch durch entsprechende Bildungsangebote an Schulen und Hoch-
36 schulen. Vor allem aber bietet Globalisierung die Aussicht auf Erfolg im weltweiten Kampf gegen
37 die Armut. Dafür braucht die Welt vorrangig mehr Freiheit und offene Märkte für Güter, Dienst-
38 leistungen und Kapital, damit können neue Wachstumsmärkte erschlossen werden. Gleichzeitig
39 braucht es mehr öffentliche Akzeptanz für den globalen Wettbewerb und seine Vorteile. Die
40 Welt kann von weiterer Kooperation und Integration stark profitieren. Wirtschaftliche Globalisie-
41 rung muss nicht zwangsläufig im Widerspruch zu kultureller Diversität und nationaler Eigenver-
42 antwortung stehen. Globalisierung eröffnet uns die Möglichkeit, unseren Wirkungsradius aus-
43 zuweiten und gleichzeitig unsere Wurzeln zu stärken.

1 **III.6 Für ein liberales Europa in der Welt**

2

3 **Liberaler Freiheitsordnungen für eine Welt in Freiheit**

4 Wir leben in einer offenen und vielfach vernetzten Weltgesellschaft. Informationen, Waren,
5 Kapital und natürlich Menschen bewegen sich immer freier rund um den Globus. Aber Offenheit
6 braucht Ordnung, wenn sie von Dauer sein soll. Liberale streben eine Welt an, in der die Stärke
7 des Rechts gilt, nicht das Recht des Stärkeren. In ihr wird die Universalität und Unteilbarkeit der
8 Menschenrechte geachtet.

9 Wir wollen, dass die Europäische Union den Weg der Vertiefung weitergeht. Die europäische
10 Einigung ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Wir sehen zu ihr keine ernstzunehmende
11 Alternative. Es wäre eine ebenso naive wie gefährliche Illusion, zu glauben, dass wir uns in einer
12 globalisierten Welt wirtschaftlich, politisch oder auch kulturell allein behaupten können. Die
13 europäische Einigung ist Symbol und gelebter Beweis dafür, dass sich Rechtsstaatlichkeit, Si-
14 cherheit und Wohlstand als echter Mehrwert und nicht auf Kosten anderer generieren lassen.
15 Diese Integration wollen wir über den Ausbau der Freiheitsordnungen Marktwirtschaft, Rechts-
16 staat und Demokratie erreichen.

17 Klare Regeln für dezentralen Wettbewerb und subsidiäre Selbstverantwortung, nicht bürokrati-
18 scher Zentralismus machen ein wettbewerbs- und handlungsfähiges Europa zum Kontinent der
19 Lebenschancen für alle – und als erfolgreiches Modell attraktiv für jene, die noch in Unfreiheit
20 leben müssen. Wir wollen eine starke und handlungsfähige EU, die aber nur dort tätig wird, wo
21 eine europäische Lösung besser ist als eine von nationaler Eigenverantwortung. Denn globale
22 Freiheitsordnungen werden wir Europäer nur gemeinsam mitgestalten können – von Handelsre-
23 geln über die Achtung der Menschenrechte bis hin zu Fragen von Frieden und Sicherheit.

24

25 **Neue Probleme verlangen globale Antworten**

26 Die Welt von heute begegnet uns mit einer nie dagewesenen Unübersichtlichkeit und Unsicher-
27 heit. Staatsgrenzen verlieren zunehmend an Bedeutung. Außenpolitik wird mehr und mehr zu
28 einer Weltinnenpolitik. Globale Herausforderungen wie etwa die Bekämpfung des Klimawandels,
29 des Hungers in der Welt oder die Ordnung der internationalen Finanzmärkte verlangen deshalb
30 globale Antworten. In diesem Sinne setzen wir uns auch für weltweit verbindliche Vereinbarun-
31 gen zur Bekämpfung des Klimawandels ein.

32 Angesichts der globalen Herausforderungen stellt sich die Frage nach einem wirksamen Rah-
33 men für Recht und Politik, für Märkte und offene Gesellschaften völlig neu. Als Leitbilder kon-
34 kurrieren dabei neo-autoritäre Gesellschaftsentwürfe einer scheinbar harmonischen Welt sowie
35 totalitäre Religionsvorstellungen mit dem Entwurf der offenen Gesellschaften des Westens, der
36 die Freiheit in den Mittelpunkt stellt. Diesen Wettbewerb nehmen wir selbstbewusst an. Denn
37 Europa ist der beste Beweis dafür, dass rechtsstaatlich organisierte, demokratisch verfasste
38 und marktwirtschaftlich handelnde Systeme nicht nur sehr erfolgreich sind, sondern auch die
39 zuverlässigsten Partner für andere darstellen.

40

41 **Freiheit ist attraktiv**

42 Deutschland und die EU tragen gemeinsam eine wachsende Verantwortung dafür, Freiheits-
43 rechte weltweit zu sichern. Diese müssen auch und gerade da geschützt werden, wo lokale
44 Traditionen dem entgegenstehen. Das ist kein Eurozentrismus. Freiheit gilt universal und global.

1 Aber Freiheit gebietet auch Respekt vor der Freiheit anderer – also auch vor alternativen Frei-
2 heitsverständnissen. Freiheit sollte stets ein Angebot sein, das niemandem aufgezwungen wird.
3 Wer Menschenrechte verteidigt, verdient unsere uneingeschränkte Unterstützung. Wir vertrau-
4 en auf die Attraktivität, die Freiheit auf andere Gesellschaften dieser Welt ausübt. Denn Recht-
5 staatlichkeit und Menschenrechte sind Ideen von enormer Kraft.

7 **Europa als liberales Versprechen und Verpflichtung**

8 Europa ist für uns Liberale ein Teil unserer kulturellen Identität, Rückversicherung unserer
9 Freiheit und zugleich Notwendigkeit, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Für
10 unser Land gibt es keine Zukunft außerhalb eines geeinten Europas. Die FDP steht für ein
11 friedliches und starkes Deutschland in einem vereinten Europa. Von Beginn an hat die FDP am
12 gemeinsamen Haus Europa gebaut. An den Wegmarken gemeinsamer deutscher und europäi-
13 scher Geschichte haben Liberale in Regierungsverantwortung die wesentlichen Entscheidungen
14 geprägt und wichtige Weichenstellungen vorgenommen – für die Montanunion, für die neue
15 Ost-Politik, für das Vertrauen der europäischen Nachbarn in die deutsche Wiedervereinigung,
16 für die vertiefte Zusammenarbeit der europäischen Länder. Auch die gemeinsame europäische
17 Währung und einen europäische Binnenmarkt nach den Regeln eines liberalen Wettbewerbs-
18 rechts verdanken wir nicht zuletzt liberaler Wirtschaftspolitik. Die Europäische Union hat
19 Deutschland ein nie gekanntes Maß an Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht. Wir Liberale
20 wollen diese Erfolgsgeschichte fortsetzen. Renationalisierung lehnen wir ab, wir fördern Vielfalt
21 und Dezentralität.

23 **Wir wollen die politische Union Europas**

24 Wir wollen die europäische Integration vertiefen und eine politische Union schaffen. Uns Libera-
25 len geht es um eine offene Debatte über die zukünftige Gestaltung Europas auch in Form einer
26 Volksabstimmung über eine europäische Verfassung. Dabei setzen wir Liberale auf starke
27 europäische Institutionen, nicht aber auf mehr Bürokratie. Die Betonung der Gemeinschaft hat
28 in Europa Vertrauen gestiftet. Sie muss auch in Zukunft europäisches Handeln bestimmen. Wir
29 Liberale streiten für mehr europäische Integration und für ein gemeinsames Wir-Gefühl aller
30 Europäer.

31 *Alternative 1:*

32 *Als langfristige Vision einer politischen Union Europas streben wir noch in diesem Jahrhundert*
33 *einen europäischen Bundesstaat an. Dessen Wesen muss jedoch strikt von föderalen Grundsät-*
34 *zen, demokratischen Strukturen und subsidiären Entscheidungen geprägt sein.*

35 *Alternative 2:*

36 *Liberale streben als langfristiges Ziel für die Europäische Union einen Staatenverbund sui gene-*
37 *ris und ein europäisches Mehrebenensystem an.*

38 Auf dem Weg hin zu einer politischen Union mit einer europäischen Verfassung fordern wir
39 ebenso eine verstärkte Koordinierung der Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz- und Währungspolitik
40 wie eine Weiterentwicklung der europäischen Demokratie. Wir wollen den europäischen Bin-
41 nenmarkt vollenden, die gemeinsame Agrarpolitik stärker an den Prinzipien der Sozialen Markt-
42 wirtschaft und Nachhaltigkeit ausrichten und Europas Führungsrolle in den Schlüsselbereichen
43 von Forschung, Technologie und Dienstleistungen stärken. Dabei müssen Wettbewerbs- und
44 Zukunftsfähigkeit die Richtung vorgeben. Europa soll ein Kontinent der Lebenschancen werden

1 und Beispiel sein für ein friedliches Miteinander der Völker. Wir wollen eine gemeinsame Außen-
2 und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union entwickeln und diese langfristig umsetzen.
3 Wir Liberale streben ein Europa der Bürger an, das sich an festen Zuständigkeiten, dem Prinzip
4 der Subsidiarität und der Souveränität der Bürger orientiert. Bürokratie oder Zentralismus
5 haben darin keinen Platz. Die immer tiefer greifende Einigung der Europäischen Union ist kein
6 Projekt von Eliten, sondern eine Frage der Zukunftsfähigkeit unseres gesamten Kontinents.
7 Europa existiert nicht auf Kosten seiner Bürger, sondern steht in ihrem Dienst. Mehr Europa
8 macht uns nicht schwächer, es stärkt uns vielmehr weltweit.
9

10 **Liberale Politik ist Friedenspolitik**

11 Liberale Außen- und Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik. Diese dient auch Deutschlands
12 Interessen dient. Sie trägt bei zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung
13 Deutschlands, dem Erhalt seiner territorialen Integrität und seiner politischen Handlungsfähig-
14 keit. Sie gewährleistet innere und äußere Sicherheit sowie den Schutz des freien Welthandels
15 und die sichert die Versorgung mit Rohstoffen. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt
16 grundsätzlich der Kultur militärischer Zurückhaltung verpflichtet. Als Ultima Ratio gehört zur
17 Wahrnehmung internationaler Verantwortung aber auch der Einsatz militärischer Mittel –
18 beispielsweise für den Fall schwerster Menschenrechtsverletzungen oder zum Schutz vor terro-
19 ristischer Bedrohung.

20 Das transatlantische Bündnis Europas mit den USA und Kanada beruht auf gemeinsamen Wer-
21 ten und demokratischen Ordnungen. Als Verteidigungsbündnis deutscher Sicherheit stellt es
22 einen wichtigen Anker dar. Aber auch weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen als
23 Ziele der NATO weiterhin an Bedeutung gewinnen. Denn Massenvernichtungswaffen dürfen im
24 Zuge der Globalisierung keinesfalls in die Hände nicht-staatlicher Akteure fallen oder von totali-
25 tären Staaten als Bedrohung freier Gesellschaften verwendet werden. Wir setzen uns gegen die
26 Rückkehr des privaten Söldnerunwesens in der Welt ein.
27

28 **Asymmetrische Bedrohungen von Frieden, Freiheit und Sicherheit**

29 Die Bedrohungen für Frieden, Freiheit und Sicherheit sind vielfältig. Globale Terrornetzwerke
30 und Separatisten machen sich die Zerfallsprozesse staatlicher Autoritäten zunutze. Lokale und
31 regionale Konflikte erlangen zunehmend globale Auswirkungen. Die Ausbreitung der Wüsten,
32 der Mangel an sauberem Trinkwasser, steigende Meeresspiegel, extreme Klimaveränderungen,
33 Hungersnöte – all das kann zu innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen
34 mit unkontrollierbaren Flüchtlingsströmen führen. Hohes Bevölkerungswachstum in den am
35 wenigsten entwickelten Staaten und die unregelmäßige Landflucht in städtische Ballungszentren
36 verursachen und verschärfen Konflikte, die Konkurrenz um knapper werdende Nahrungsmittel
37 und Ressourcen nimmt an Härte zu. Auch Gesundheitsrisiken durch Pandemien breiten sich
38 durch die Globalisierung deutlich aus. Zudem können Finanz- und Wirtschaftskrisen Staaten
39 destabilisieren und zu internen Unruhen führen.

40 Der Beginn des 21. Jahrhunderts ist geprägt von einer Vielzahl asymmetrischer Bedrohungen.
41 Liberale wollen die Ursache von Konflikten und nicht deren Symptome bekämpfen. So beginnt
42 die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zum Beispiel damit, gegen Armut und Unfrei-
43 heit anzugehen und den Menschen individuelle Wohlstands- und Wachstumsperspektiven zu
44 bieten. Denn Chancenlosigkeit bildet den Nährboden für religiösen und politischen Extremis-

1 mus. Wir stärken deshalb gute Regierungsführung und ermutigen aufgeklärte und gemäßigte
2 Kräfte. Nicht Konfrontation, sondern Dialog ist der Schlüssel zu dauerhaftem Frieden.

4 **Sicherheitspolitik mit zivilem Vorrang**

5 Vor dem Hintergrund solcher komplexer Herausforderungen muss Sicherheitspolitik heute
6 global agieren, gleichzeitig muss sie vorrangig eine zivil ausgerichtete Präventionspolitik bein-
7 halten. Hier setzen wir mit dem Konzept vernetzter Sicherheit an: mit einem Mix aus Diploma-
8 tie, Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftlichen Partnerschaften. Wesentliche Instrumen-
9 te einer solchen vorausschauenden Politik sind Streitschlichtung und Interessenausgleich sowie
10 die Förderung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Rechtsstaatsdialogen, von
11 ländlicher Entwicklung, Bildungs- und Wissenschaftskooperation, von Verwaltungs-, Polizei- und
12 Staatsaufbau.

13 Wo immer möglich und sinnvoll, stellen wir diese Politik in den Rahmen der Vereinten Nationen
14 und ihrer Organisationen. Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert ist eine Sicherheitspolitik
15 mit zivilem Primat der Freiheit.

17 **Zusammenarbeit und Entwicklung schaffen freie Gesellschaften**

18 In diesem Sinne ist Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiger Faktor der Sicherheitspolitik.
19 Freie Gesellschaften freier Menschen bedürfen einer Kultur der Freiheit. Sie sind ein Gemein-
20 schaftswerk von Staat, Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft, deren Institutionen und
21 Gebräuche von der Würde der Menschen und der Souveränität der Bürger geprägt sind. In
22 Zukunft müssen sie in der nachhaltigen Entwicklung urbaner Zentren verankert werden, die
23 unsere Welt zunehmend prägen. Selbstverständlich darf dabei auch die ländliche Entwicklung
24 nicht vernachlässigt werden.

25 Globale Freiheit ist auf globale Institutionen angewiesen. Die Vereinten Nationen, der Internati-
26 onale Währungsfond, die Weltbank oder die Weltgesundheitsorganisation müssen ebenso die
27 individuelle wie die kollektive Selbstbestimmung fördern. Aber auch die Europäischen Union
28 und die entwickelten Nationen müssen durch Abbau von Handelshemmnissen, Zöllen und
29 anderen Marktbarrieren den nachhaltigen Fortschritt in sich entwickelnder Staaten unterstüt-
30 zen. Die Autonomie politischer Gemeinwesen darf keinesfalls unterminiert werden, weder aus
31 politischem Kalkül noch aus wirtschaftlichem Interesse. Im Fokus liberaler Entwicklungszu-
32 sammenarbeit steht die Verantwortung für Menschen, die weltweit in ihren Lebensbedingungen
33 benachteiligt sind.

34 Die Aufgabe einer liberalen globalen Entwicklungspolitik hat zwei Aspekte. Erstens, die Rah-
35 menbedingungen für mehr Teilhabe der Menschen zu schaffen und zweitens, die mit der Globa-
36 lisierung einhergehenden sozialen Umwälzungen in der Zivilgesellschaft als weitere Chance für
37 die Umsetzung liberaler Werte zu begreifen. Im Fokus bleibt dabei die Bekämpfung von Armut
38 und ihrer Ursachen. Der beste Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand sind Rechtsstaatlich-
39 keit, Demokratie, Eigentum und Soziale Marktwirtschaft. Der weltweite Fortschritt hat gezeigt,
40 dass die Öffnung von Märkten für Privateigentum, Förderung von Unternehmertum, Markt-
41 preismechanismen, Wettbewerb und Freihandel in vielen Ländern für wirtschaftliche Entwick-
42 lung und Teilhabe gesorgt haben.

1 **Global Governance: Alte Partnerschaften festigen, neue Partnerschaften begründen**

2 Global Governance ist der Versuch, den zunehmend komplexer werdenden globalen Problemen
3 auch eine weltweit wirksame Problemlösungskapazität entgegenzusetzen. Sie wird nicht allein
4 mit einer goldenen Formel – etwa der Gründung der G20 – gelingen. Die Vereinten Nationen
5 und die mit ihr verbundenen Organisationen sind das Fundament einer auf dem Völkerrecht
6 gründenden weltweiten Ordnung. Sie müssen das entscheidende Forum zur Lösung internatio-
7 naler Konflikte bleiben.

8 Europa ist für Deutschland das Fundament der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
9 Die Vereinigten Staaten sind und bleiben Deutschlands wichtigster Verbündeter außerhalb
10 Europas. Die NATO ist das erfolgreichste Sicherheitsbündnis in der Geschichte, sie ist Ausdruck
11 der Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Amerika, und sie bleibt der
12 bewährte Anker deutscher Sicherheitspolitik und unserer globalen Außenpolitik. Das Existenz-
13 recht Israels ist Teil deutscher Staatsraison. Länder wie Russland, China oder Indien sind wich-
14 tige strategische Partner in einer globalisierten Welt. Diese Bindungen zu pflegen, zu bewahren
15 und zu vertiefen, ist eine Verpflichtung liberaler Außenpolitik.